

### Thesen zur politischen Sozialisation im Jugendalter

Lange, Günter

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lange, G. (1989). *Thesen zur politischen Sozialisation im Jugendalter*. Leipzig: Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-403459>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig

**T h e s e n**  
**zur politischen Sozialisation**  
**im Jugendalter**

Sektor Jugend und Ideologie  
Dr. Günter Lange

Leipzig, Februar 1989

Inhaltsangabe

0.	Vorbemerkungen	S. 3
1.	Von welchen Voraussetzungen könnte/sollte eine marxistische Konzeption der politischen Sozialisation ausgehen?	S. 4
2.	Was verstehen wir unter "politischer Sozialisation"?	S. 7
3.	Politische Sozialisation in und durch die Tätigkeit	S. 11
4.	Triebkräfte der politischen Sozialisation	S. 15
5.	Etappen der politischen Sozialisation	S. 17
6.	Manifeste und latente politische Sozialisation	S. 24
7.	Niveaukriterien der politischen Sozialisation	S. 26
8.	Instanzen der politischen Sozialisation	S. 30
9.	Problemfelder der politischen Sozialisation der 80er und 90er Jahre	S. 48

## 0. Vorbemerkungen

Die nachstehenden Thesen zur politischen Sozialisation im Jugendalter sind Produkt einer als Einstieg zu betrachtenden Literaturrezeption<sup>rezeption</sup> zu diesem Problemfeld, auch wenn diese nicht ständig ausgewiesen wurde, wozu gerade in den amerikanischen und westeuropäischen und speziell auch der BRD-Sozialwissenschaften ein sehr breites Forschungsspektrum vorliegt. In der DDR ist die Literaturbasis hierzu leider sehr eng, da das Sozialisationskonzept jahrelang als bürgerliche Theorie abgelehnt wurde. Komplementär zur Literaturanalyse beschäftigen uns die empirischen Ergebnisse des ZIJ zur politisch-ideologischen Entwicklung in den 70er/80er Jahren und ihre Erklärungsmodelle mit Blick auf die 90er Jahre. Dabei kristallisierte sich die Erkenntnis heraus, daß es gerade im Sinne einer möglichst prognostischen Analyse der Jugendentwicklung für die 90er Jahre notwendig ist, sich aus marxistischer Sicht dem Konzept der politischen Sozialisation zu stellen und sich auf die Bedingungen, Faktoren und Prozesse der Herausbildung des politisch-ideologischen Bewußtseins im Kindes- und Jugendalter unter den Bedingungen der 70er/80er Jahre zu konzentrieren. Da uns eine geschlossene Konzeption der politischen Sozialisation aus marxistischer Sicht nicht bekannt ist, reifte der Plan, in Form von Thesen die Grundvoraussetzungen, zentralen Problemstellungen und tragenden Begriffe eines dialektisch-materialistischen Konstrukts der politischen Sozialisation im Jugendalter zu entwickeln. Die vorliegenden Thesen stellen den ersten Versuch hierfür dar und sollen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, vorrangig der Markierung von theoretischen und empirischen Forschungsfelder sowie breiten Diskussionen zum Problemfeld dienen.

**1. Von welchen Voraussetzungen könnte/sollte eine marxistische Konzeption der politischen Sozialisation ausgehen?**

---

Nachfolgend werden theoretische Prämissen vorgestellt, die uns zur Unterscheidung bzw. Abhebung einer möglichen marxistischen (sprich: historisch-dialektisch-materialistischen) Konzeption politischer Sozialisation (pS) von bürgerlichen Konzeptionen als wesentlich und notwendig erscheinen:

a) Eine marxistische Konzeption der pS muß sich einordnen in die Dialektik von Individualität und Gesellschaft.

In Anknüpfung an Marx und Engels sowie an die Konzeption der Kritischen Psychologie gehen wir davon aus, daß eine erweiterte Reproduktion der Gesellschaft (und damit gesellschaftliche Entwicklung) nur möglich ist als produktive Aneignung der Natur und der vorgefundenen Gesellschaftlichkeit durch die Gesellschaftsmitglieder (= Individuen) im Sinne der Teil-Ganzes-Dialektik. Gesellschaft kann nur existieren, weil in ihr Individuen produzieren; ebenso wie diese Individuen ihre Existenzsicherung notwendig aus der Produktion für die Gesellschaft beziehen.

Um als Individuen existent zu sein, muß zugleich von einer Nicht-Identität der Individuen (und ihrer Produktion) einerseits und zwischen Individuen und Gesellschaft andererseits ausgegangen werden.

Eben diese gegenseitige Bedingtheit von gesellschaftlicher Reproduktion und individueller Produktion sowie der Nicht-Identität von Individualität und Gesellschaftlichkeit stellt die Frage nach der Vermitteltheit beider in den Vordergrund der Betrachtung. Allgemein kann diese Vermittlung beschrieben werden als Prozeß der Produktion, Distribution, Verteilung und Konsumtion materieller und ideeller Produkte. Dabei kommt den materiellen wie ideellen Produkten jeweils das Merkmal zu, sowohl "gewonnenes" Ergebnis individuell-spezifischer Tätigkeit und historisch-konkretes Ergebnis schöpferisch-produktiver Potenz und Wollens als auch manifestierter Ausdruck/Antizipation sozialer und individueller Ziele und Bedürfnisse zu sein.

Somit steht nicht mehr die Vermittlung zwischen Individualität und Gesellschaftlichkeit schlechthin im Vordergrund unserer Betrachtungen, sondern die Vermittlung zwischen individuellen und sozialen Zielen, Bedürfnissen und schöpferisch-produktiven

Potenzen. Aus der Sicht (a) der Individuen kann diese Vermittlung als Totalität der zielgerichteten, gegenständlich tätigen und sozialvermittelten Formen ihres Verhaltens charakterisiert werden. Aus der Perspektive (b) der Gesamtgesellschaft erscheint diese Vermittlung als Totalität der formellen und informellen Aktionen gesellschaftlicher Teilsysteme zur Orientierung, Formierung, Stimulierung und Wertung individuellen Verhaltens. Im engeren (herkömmlichen) Sinne würde letzteres als Sozialisation bezeichnet. Da es sich jedoch um einen in die o. g. Dialektik von Individualität und Gesellschaftlichkeit einzuordnenden Prozeß der wechselseitigen Vermittlung zwischen beiden Gegensätzen handelt, werden wir bei der Bestimmung von Sozialisation von der widersprüchlichen Einheit beider Aspekte ausgehen.

b) Ausgehend von der o. g. Voraussetzung (a) ergeben sich folgende abgeleitete Prämissen:

b<sub>1</sub>) - In der Sozialisation bilden die vorhandenen gesellschaftlichen Bedingungen stets das Bestimmende im Sinne einer Voraussetzung, eines Bedingungsgefüges und des Ziel- bzw. Zwecksetzenden.

Zugleich entsteht das eigentlich produktive Moment durch die individuell-spezifische Art und Weise der tätigen Realisierung sozialer Ziele bzw. Zwecke auf der Basis individuell-spezifischer Estimativer und kognitiver Verhaltensdispositionen.

b<sub>2</sub>) - In der Sozialisation bildet das tätige Individuum stets das Subjekt des Prozesses, wobei mit dem Grad tätiger Umweltaaneignung auch das Niveau des Subjekt-Seins wächst. Sozialisation stellt damit den Prozeß des Werdens des Individuums zun/als soziales Subjekt dar.

b<sub>3</sub>) - Die gesellschaftlichen Teilsysteme zur Orientierung, Formierung, Stimulierung und Wertung individuellen Verhaltens bilden keinen passiven Rahmen bzw. Background der Sozialisation, sondern nehmen ihrerseits (inter-)aktiv Einfluß auf die Prozeßgestaltung der Sozialisation, indem sie kooperativ und kommunikativ in den Sozialisationsprozeß eingreifen. In diesem Sinne vollzieht sich der Sozialisationsprozeß stets auch als widersprüchliche Einheit von Objekt- und Subjektposition der Individuen, von Bedingt-Werden und Bedingungen-Verändern in der tätigen Umweltauseinandersetzung.

c) Methodologisch sind folgende Herangehensweisen an die Analyse von Sozialisationsprozessen anzuzielen:

c<sub>1</sub>) - Das Subjekt- bzw. persönlichkeitsorientierte Herangehen  
 Unter der Voraussetzung, daß die tätige Persönlichkeit das eigentliche Subjekt der Sozialisation darstellt, muß jegliche Analyse dieses Prozesses bei der Untersuchung der kognitiven und ärtimativen Persönlichkeitsdispositionen (ihrer Herausbildung und Struktur), des aktiven Verhaltens der Persönlichkeit und der Ziele bzw. Gegenstände und Verlaufsformen sowie Resultate der Tätigkeit ansetzen. Die Persönlichkeit bildet damit Voraussetzung, Inhalt und Ziel der Sozialisation auf der jeweiligen individuell-spezifischen Art und Weise.

c<sub>2</sub>) - Das konkret-historische Herangehen  
 Die Entwicklung der gesellschaftlichen Bedingungen als bestimmendes Moment der Sozialisation erfordert, Gesellschaft nicht als ein Abstraktum oder imaginären Zielgröße zu ihrer Wirkung auf die Sozialisation zu betrachten, sondern in ihrer für das jeweilige Subjekt konkret-historischen Situation als widersprüchliches Gewordenes und Werdendes, Ideales und Wirkliches zu sehen. Das verlangt eine Betrachtung gesellschaftlicher Wirklichkeit, wie sie in der jeweiligen historischen Situation von der Persönlichkeit tatsächlich/real erlebt wird - in ihrer Mannigfaltigkeit der Oberfläche und auch ihren wesentlichen Strukturen.

c<sub>3</sub>) - Das differenzierte Herangehen  
 Die Unterschiedlichkeit der jeweiligen individuellen Persönlichkeitsdispositionen, gesellschaftlichen Bedingungsgefüge und Verhaltensformen im Prozeß der Sozialisation verlangt ein differenziertes Herangehen, das den wesentlichen sozialen Strukturen im Prozeß der Sozialisation entspricht. Diese wesentlichen sozialen Strukturen ergeben sich aus der widersprüchlichen Einheit von aktiver Umweltaneignung durch das Subjekt und vorhandenen gesellschaftlichen Bedingungen (z. B. Klassenstrukturen, Niveau der gesellschaftlichen Arbeitsteilung).

- o<sub>A</sub>) - Das möglichst allseitige Herangehen  
 So wie die Gesellschaft der Persönlichkeit in ihrer Totalität konkret-historischer Bedingungsgefügen erscheint und das Subjekt sich die natürliche und soziale Umwelt universell aneignet, muß auch die Analyse des Sozialisationsprozesses bemüht sein, eine auf den Gegenstand bezogene (All-) Vielseitigkeit ihres Herangehens entsprechend der Dimensionen ihres Gegenstandes zu realisieren, z. B. in der Analyse von Motiven und kognitiven Dispositionen der Persönlichkeit.

## 2. Was verstehen wir unter "politische Sozialisation"?

Mit dem Terminus "politische Sozialisation" (pS) wollen wir die Gesamtheit derjenigen bewußten und unbewußten, angestrebten oder real eingetretenden sozialen Prozesse bezeichnen, die zur erweiterten Reproduktion der politischen Kompetenz und des politisch-ideologischen Selbstbewußtseins der Persönlichkeit führen.

Die pS ordnet sich somit in den Gesamtprozeß der Persönlichkeitsgenese ein. Das spezifisch Politische ergibt sich aus der aktiven Haltung und dem Verhalten der Persönlichkeit zu den Inhalten, Formen und Methoden/Mitteln der politischen Machtausübung bzw. -beteiligung unter den jeweiligen konkret-historischen Bedingungen. Die pS ist ein lebenslanger Prozeß, der im frühen Kindesalter beginnt und erst mit dem Tode endet. Zugleich ist die pS ein komplexer und dynamischer Prozeß in dessen Mittelpunkt das sozial tätige Subjekt steht, der durch eine Vielzahl sozialer Einfluß- und Vermittlungsfaktoren, insbesondere der Familie, der organisierten Bildungsbereiche der Arbeit, der Medien und gesellschaftlichen Organisationen, bedingt ist und im Wechsel von kontinuierlichen und diskontinuierlichen, progressiven und regressiven Momenten verläuft.

Triebkraft der pS ist der Widerspruch zwischen den gesellschaftlichen Bedingungen bzw. individuellen Voraussetzungen zur politisch-sozialen Realitätsskontrolle und dem Streben der Persönlichkeit nach erweiterter politisch-sozialer Realitätsskontrolle durch politische Antizipation und Partizipation. Dieser Widerspruch ergibt sich aus der objektiven Entwicklungsnötigkeit der Gesellschaft, die für einen realen sozialen Fortschritt ein ständig höheres Niveau der bewußten politischen Mitgestaltung durch die Gesellschaftsmitglieder erfordert.

Daraus ergibt sich auch die Konsequenz, daß eine Erweiterung politisch-sozialer Realitätskontrolle im historischen Vergleich nur möglich ist, durch die Teilhabe der Individuen an partiellen oder ganzheitlichen sozialen Fortschritt.

Bezogen auf die Individualentwicklung ist eine erweiterte politisch-soziale Realitätskontrolle nur solange möglich, wie das konkret-historische Niveau sozialen Fortschritts das Möglichkeitsfeld hierzu bietet. Ein bewußter Kampf/Einsatz der Individuen für ein darüber hinaus gehendes Niveau sozialen Fortschritts sprengt deshalb zugleich auch die vorhandenen sozialen Grenzen erweiterter politisch-sozialer Realitätskontrolle z. B. im Falle der utopischen Sozialisten oder antifaschistischer Widerstandskämpfer.

Die pS verläuft stets unter konkret-historischen sozialen Bedingungen, die wir als die Sozialisationsituation bezeichnen wollen. Die Sozialisationsituation bildet die individuell-spezifische Konfiguration sozialer Bedingungen in ihrem konkreten geschichtlichen Gewordensein (z. B. der Lokalgeschichte), ihrem gegenwärtigen politisch-ideologischen Informations-, Organisations-, Kommunikations- und Machtstrukturen (z. B. den örtlichen partelpolitischen Strukturen) und den jeweiligen näheren und ferneren sozialen Zielen bzw. Perspektiven der Gesellschaft (z. B. der konkreten Fixierung von Parteiprogrammen). Die sozialen Bedingungen, unter denen sich die pS konkret vollzieht, lassen sich untergliedern in:

a) Makrosoziale Bedingungen, das sind die Gesamtgesellschaft betreffenden weltpolitischen Bedingungen, außenpolitischen Beziehungen und innenpolitischen Strukturen und Prozessen des jeweiligen Staatsgebildes in dem die Persönlichkeit lebt;

b) Mesosoziale Bedingungen, das sind die politischen Strukturen und Bedingungen in der mittelbaren Lebensumwelt (z. B. regionale Strukturen und Bedingungen der politischen Information, Kommunikation, Organisation und Machtausübung und -beteiligung. Hierzu gehören z. B. territoriale Bildungsnetze, Parteipräferenzen, politische Traditionen oder Empfangsmöglichkeiten für Massenmedien;

c) Mikrosoziale Bedingungen, das sind die politischen Strukturen und Bedingungen der übermittelbaren Lebensumwelt, wie der Familie oder dem Primärkollektiv. Sie sind vor allem durch die interpersonelle Wahrnehmung, Kommunikation und Kooperation vermittelt und damit auch von den meso- und makrosozialen Be-

dingungen abgegrenzt.

Gegenstand der pS ist die Heransbildung und Entwicklung der politischen Kompetenz und des politisch-ideologischen Selbstbewußtseins der Persönlichkeit.

Unter der politischen Kompetenz der Persönlichkeit verstehen wir:

- a) die gesellschaftswissenschaftliche Allgemeinbildung, die vor allem elementare gesellschaftswissenschaftliches Wissen, politische Informiertheit und insbesondere die Fähigkeit zum historischen, materialistischen und dialektischen Denken;
- b) die politische Urteilsfähigkeit, d. h. die Fähigkeit politische Prozesse und Entscheidungen historisch und aktuell-geschichtlich einzuordnen, zu begründen und zu bewerten, zwischen möglichen Alternativen abzuwägen, selbst politische Entscheidungen mitzutragen und ggf. auch durchzusetzen;
- c) die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit, d. h. die Präsenz gesellschaftlichen Handlungswissens (demokratische Rechte und Freiheiten, Rechtskenntnisse, Kenntnisse über politische Verfahrensmodi u.a.) und soziale Fertigkeiten zur realen Beteiligung an gesellschaftlichen Planungs-, Leitungs- und Entscheidungsprozessen.

Das politisch-ideologische Selbstbewußtsein besteht aus:

- a) politisch-ideologischen Vorstellungen und Anschauungen der Persönlichkeit über die Stellung ihrer Klasse/soziale Schicht in der Gesellschaft, deren Zielen und Interessen usw. in Gestalt des Geschichtsbildes, der Gesellschaftskonzeption und des Zukunftsbewußtseins;
- b) politisch-ideologische Einstellungen und Überzeugungen als Identifikation der Persönlichkeit mit seiner Klasse/sozialen Schicht und deren Zielen und mit der Richtigkeit der Art und Weise der Durchsetzung dieser Ziele;
- c) politisch-ideologische Werte, Normen, Ideale als Handlungsorientierungen und -regulative des politischen Verhaltens der Persönlichkeit zur Durchsetzung seiner antizipierten sozialen Ziele;
- d) politisch-ideologische Motive als unmittelbare Antriebsmomente für das politisch bewußte Verhalten der Persönlichkeit.

Während die politische Kompetenz die kognitive Komponente darstellt, bildet das politisch-ideologische Selbstbewußtsein die ästimatorische Komponente innerhalb des politisch-ideologischen Bewußtseins als einer widersprüchlich-dynamischen und funktional-strukturierten ganzheitlichen Persönlichkeitsqualität der Persönlichkeit. Hier muß jedoch unterschieden werden zwischen dem politisch-ideologischen Bewußtsein der Persönlichkeit (im engerem Sinne) wegen seines direkten und unmittelbaren, bewußten Bezugs zu den politischen Zielen und Interessen einer sozialen Klasse bzw. Schicht und dem politisch-ideologisch relevantem Verhalten der Persönlichkeit (im weitem Sinne). Letzteres ist nur unmittelbar bzw. indirekt an die bewußte Durchsetzung politischer Ziele und Interessen einer sozialen Klasse bzw. Schicht gebunden. Seine politisch-ideologische Relevanz ergibt sich aus dem Wirken der Persönlichkeit unter den konkreten politischen Bedingungen der Gesellschaft und ist deshalb auch nur aus der Gesellschaftsperspektive (also persönlichkeitsübergreifend) zu beurteilen. Unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen kann jegliches Verhalten der Persönlichkeit politisch-ideologische Relevanz erhalten. Das politisch-ideologische Bewußtsein ist somit der eigentliche Gegenstand bzw. Inhalt der ps der Persönlichkeit. Als ganzheitliche Persönlichkeitsqualität der Persönlichkeit unterscheidet es sich in seinem unmittelbaren Bezug zur politischen Machtausübung von anderen Persönlichkeitsqualitäten z. B. der Leistungsmotivation und besitzt eine relativ selbständige Funktionalität, zugleich ist es immer eingebettet (und auch nie davon zu lösen) in die Gesamtpersönlichkeit in ihrer spezifischen individuellen bio-psycho-sozialen Existenz. Erst in dieser Einbettung kann sich das politisch-ideologische Bewußtsein auch sozial (d. h. gesellschaftlich) realisieren und damit auch gesellschaftlich und somit überindividuell eine ideologische Relevanz erhalten. Zugleich gewinnen mit dieser Einbettung auch alle nicht unmittelbar politisch-ideologischen Persönlichkeitsqualitäten über das Verhalten der Persönlichkeit eine unmittelbare politisch-ideologische Relevanz. Jegliche Betrachtungen von Erscheinungs- bzw. Realisierungsformen des politisch-ideologischen Bewußtseins von Jugendlichen (z. B. Meinungsäußerungen zu politischen Problemen) außerhalb ihrer ganzheitlichen Persönlichkeit und der konkret-historischen gesellschaftlichen Prozesse ist damit nicht nur undialektisch und idealistisch, sondern auch sinnlos. Das gilt insbesondere für die politisch-ideologische Bildung und Erziehung der Jugend, aber

auch für die sozialwissenschaftliche Forschung.

### 3. Politische Sozialisation in und durch die Tätigkeit

Eine zentrale Prämisse marxistischer Konzepte der pS muß von der Einheit von Voraussetzung, Prozeß und Resultat der pS in und durch die Tätigkeit in der Synonymität von sozialvermittelter Gegenstandsaneignung und vergegenständlichende Sozialbeziehung ausgehen.

In Beziehung zum gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß stellt sich diese Prämisse wie folgt dar:

Um sich als Individuum zu reproduzieren, muß das Subjekt zum gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einen eigenständigen Beitrag der aktiven Umweltaneignung in Form tätiger Gegenstandsaneignung bzw. produktiver Vergegenständlichung leisten. Es produziert damit für andere (d. h. für eine bestimmte soziale Gesamtheit), um sich selbst zu reproduzieren. Das Maß der sozialen Effizienz seines Tätigseins ist die Leistung, weil in ihr das Niveau der Realisierung der sozialen Ziele durch das Subjekt vergegenständlicht ist.<sup>1</sup> Zugleich konsumiert das Subjekt die von anderen sozialen Gruppen oder Subjekte produzierten Mittel zum Zwecke der eigenen Bedürfnisbefriedigung.

Um jedoch einen effizienten Beitrag für die gesellschaftliche Reproduktion leisten zu können, sind folgende Voraussetzungen notwendig:

a) Das Subjekt muß die gesellschaftlichen Ziele kennen bzw. sie müssen ihm in Gestalt von sozialen Normen, Idealen, Werten vermittelt werden. Das setzt auch die objektive Durchschaubarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und ein Interesse der herrschenden gesellschaftlichen Kräfte an diese Durchschaubarkeit bzw. Aufdeckung gesellschaftlicher Verhältnisse voraus (Problem der sozialen Antizipation).

b) Das Subjekt muß sich mit der Gesellschaft bzw. sozialen Gruppe, ihren Zielen und den Mitteln/Wegen ihrer Realisierung identifizieren, indem es die gesellschaftlichen Ziele in Beziehung zu den eigenen Zielen setzt und somit ein Selbstbewußtsein über die Relation von individuellen und gesellschaftlichen Zielen gewinnt.

<sup>1</sup> Damit ist zugleich auch auf die ideologierelevante Funktion von Produkten menschlicher Tätigkeit (in Gestalt von Werten, Produktionsmitteln u.ä.) hingewiesen. In den Produkten sind die sozialen Ziele/Bedürfnisse früherer Reproduktionsphasen vergegenständlicht und so in "materialisierter" Form zur Voraussetzung und Bedingung der pS geworden.

Bei der Durchsetzung bzw. Identifikation mit den unmittelbar politischen Zielen der Klasse bzw. sozialer Schicht bildet es das politisch-ideologische Selbstbewußtsein.

(Problem der sozialen Identifikation)

c) Das Subjekt muß ein bestimmtes Niveau individueller Leistungsfähigkeit aufweisen, um die gesellschaftlichen Ziele auch zu erfüllen. Damit gewinnt diese individuelle Leistungsfähigkeit den Charakter sozialer Kompetenz und im Spezialfalle der Realisierung politischer Ziele als politische Kompetenz (Kompetenzprobleme).

d) Die Gesellschaft bzw. soziale Gruppe muß das Subjekt und seinen möglichen Beitrag für die gesellschaftliche Reproduktion in seinen spezifischen subjektiven (politischen) Zielen, Formen und Mitteln anerkennen, indem sie entsprechende politische Handlungsfelder zuläßt bzw. eröffnet. Das Kriterium der Anerkennung des Subjekts und seines spezifisch-subjektiven Beitrags kann nicht in den gesellschaftlichen Zielen allein liegen, sondern muß, ausgehend von den objektiven Kriterien gesellschaftlichen Fortschritts, im Beitrag der Subjekte zum gesellschaftlichen Fortschritt liegen. Das schließt zugleich die Anerkennung der aktiven Teilnahme der Subjekte an der Bestimmung gesellschaftlicher Ziele als politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß ein (Problem der sozialen Akzeptanz und Partizipation).

e) Es müssen in der Gesellschaft bzw. sozialen Gruppe Mechanismen adäquater sozialer Rückkopplung für die Subjekte über die reale Effizienz ihrer Tätigkeit, in unserem Falle in Gestalt politischer Informations- und Kommunikationsprozesse, bestehen (Problem der sozialen Reaffirmation).

Sind diese Voraussetzungen gegeben, dann besteht die prinzipielle Möglichkeit, daß die Persönlichkeit in der tätigen Aneignung Vergegenständlichkeit die persönliche Relevanz ihrer subjektiven Realisierung gesellschaftlicher bzw. politischer Ziele (damit sich selbst als politisches Subjekt) und die gesellschaftliche Relevanz ihrer politischen Tätigkeit (damit ihre Eingebundenheit in die Gesellschaft) erfährt, d. h. als subjektive relevante soziale Erfahrung widerspiegelt. Dieses

Erfahren wird möglich durch die kommunikative Vermittlung individueller und gesellschaftlicher Ziele, Normen, Werte und Bewertungen und durch die kooperativ-tätige Vergegenständlichung dieser individuellen und gesellschaftlichen Ziele. Wie so gewohnen sozialen Erfahrungen vereinigen einerseits die objektive Bedeutsamkeit der Tätigkeit für die Gesellschaft, dargestellt im Gegenstand der Tätigkeit und andererseits die subjektive Bedeutung der Tätigkeit für die Persönlichkeit, dargestellt im Ziel der Tätigkeit. Erst in dieser Hinsicht von objektivem und subjektivem Moment ist es möglich, daß in der Tätigkeit sowohl zur erweiterten Reproduktion der Gesellschaft als auch zur Persönlichkeitsentwicklung beigetragen wird. Hierbei gilt es zu unterscheiden zwischen:

- unmittelbar politischen Gegenständen der Tätigkeit, d. h. solche Gegenstände in oder durch die direkt politische Interessen und Ziele einer sozialen Klasse/Schicht manifestiert sind
- a. B. politische Deklarationen, politische Veranstaltung, politische Demonstrationen;
- politisch bedingten Gegenständen, d. h. solche Gegenstände, von denen die Durchsetzung politischer Interessen und Ziele mittelbar abhängen, z. B. die Arbeit von WBA in Vorbereitung von Kommunalwahlen;
- politisch relevanten Gegenständen, d. h. solche Gegenstände, die bei der Durchsetzung politischer Interessen und Ziele unter bestimmten Voraussetzungen Bedeutung erhalten, z. B. Handel und Versorgung der Bevölkerung im Vorfeld von Wahlen. Speziell in und durch die politische Betätigung der Persönlichkeit werden nicht nur die sozialen Interessen einer Klasse oder Schicht realisiert, sondern auch das politisch-ideologische Selbstbewußtsein der Persönlichkeit und ihre politische Kompetenz entwickelt.
- Inwieweit eine Entwicklung der Persönlichkeit in Richtung erweiterter gesellschaftspolitischer Realitätskontrolle und sozial-kooperativer Integration (im Sinne von U. HOLZKAMP-OSTERKAMP) erfolgt, hängt vom Verhältnis zwischen den konkret gesellschaftlichen und individuellen Zielen und Voraussetzungen ab. So muß in einer Gesellschaft, in der die individuellen und die gesellschaftlich-herrschenden politischen Ziele einander-

fallen, die herrschende Klasse stets daran interessiert sein, direkt (über die bestehenden Machtstrukturen) oder indirekt (über Schule, Medien u. ä.) die individuellen Interessen von herrschenden Klasseninteressen unterzuordnen, was in der Endkonsequenz zu einer verringerten gesellschaftlichen Realitätskontrolle und sozial-kooperativer Integration führt. Selbst unter der Voraussetzung, daß das Subjekt in seiner politischen Tätigkeit über die herrschenden gesellschaftlichen Klasseninteressen bewußt hinaus geht, kann es zwar sein politisch-ideologisches Selbstbewußtsein und politische Kompetenz erweitern, jedoch nicht das Niveau gesellschaftlicher Realitätskontrolle und sozial-kooperativer Integration erreichen als unter Bedingungen der prinzipiellen Übereinstimmung zwischen den individuellen und gesellschaftlich herrschenden Interessen. Diese prinzipielle Übereinstimmung ist im Sozialismus zwar a priori gegeben, jedoch gelten auch hier einschränkende Momente:

- a) Mit der siegreichen proletarischen Revolution ist zwar die Negation des Widerspruchs zwischen den politischen Interessen der herrschenden Klasse und der der Werktätigen gegeben, jedoch noch nicht automatisch ein sozialistisches Entwicklungsniveau der politischen Machtausübung erreicht.
- b) In der Entwicklung sozialistischer politischer Machtstrukturen kann es zu Phasen des Auseinanderfallens in den Auffassungen der Werktätigen und des politischen Überbaus bezüglich der konkreten Ziele, Formen, Wege/Methoden und Inhalte der Realisierung politischer Ziele/Interessen kommen (z. B. Stalinzeit, Mao's Kulturrevolution).
- c) Im Sozialismus bestehen objektiv unterschiedliche soziale und politische Interessen auf Grundlage realer sozialer Differenzierungen und Strukturen (z. B. zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz, Stadt- und Landbevölkerung). Damit ist zugleich eine prinzipielle Nichtidentität von gesamtgesellschaftlichen und partikularen sozialen bzw. politischen Zielen gegeben.

Diese drei Momente führen zu der Notwendigkeit, die eingangs unter a) bis c) genannten Voraussetzungen für die pS in der wissenschaftlichen Analyse, in der Bildung oder der Arbeit

politischer Organisationen jeweils konkret-historisch, differenziert und subjektorientiert (s. These 1) als Probleme der sozialen Antizipation, Identifikation, Kompetenz, Akzeptanz, Partizipation und Reaffirmation zu analysieren bzw. zu berücksichtigen.

In dieser Konsequenz kann das Ideal der p3 im Sozialismus aufgefaßt werden als dynamisch-widersprüchlicher Prozeß der Entwicklung eines politisch-ideologischen Selbstbewusstseins und politischer Kompetenz der Persönlichkeit über die aktiv-tätige Teilnahme in gesellschaftlich-politische Zielbildungs-, Zielrealisierungs- und Effortbewertungsprozesse unter Einbeziehung der politisch-ideologischen Ziele der Persönlichkeit und ihrer Auffassungen über die Formen, Mittel/Wege und Inhalte ihrer Realisierung, dessen Ergebnis eine erweiterte Reproduktion der Gesellschaft in Richtung des gesellschaftlichen Fortschritts und einer erweiterten gesellschaftspolitischen Realitätskontrolle und sozial-kooperativer Integration <sup>der Persönlichkeit</sup> sind.

#### 4. Triebkräfte der politischen Sozialisation

Wenn wir davon ausgehen können, daß die p3 ein aktiv-tätiger Vermittlungsprozeß zwischen gesellschaftlichen und individuellen politischen Zielen bzw. Interessen ist, dann müssen wir die Triebkräfte dieses Prozesses genau in diesem Spannungserhältnis von gegenseitiger Bedingtheit und Nichtidentität bei der Ziel- bzw. Interessenkonstellationen auf ihrem jeweiligen konkret-historischen und subjekt-typischen Niveau sowie konkreten Sozialisationssituation suchen.

Die p3, die für die jugendliche Persönlichkeit den Charakter einer objektiven Entwicklungsaufgabe trägt, wird deshalb durch den Widerspruch zwischen dem vorhandenen Niveau der gesellschaftspolitischen Realitätskontrolle und sozial-kooperativer Integration der Persönlichkeit und einem objektiv und/oder subjektiv angestrebten Niveau erweiterter gesellschaftspolitischer Realitätskontrolle usw. vorangetrieben. Das spezifisch Politische ergibt sich als Widerspruch zwischen dem vorhandenen Niveau der aktiven Teilnahme der Persönlichkeit an der Bestimmung sozialer/politischer Ziele und der Mittel, Wege, Inhalte und Formen ihrer Realisierung einerseits und dem neuen Bedürfnis nach erweiterter politischer Teilnahme der Persönlichkeit.

Konkret stellt sich dieser Widerspruch auch dar als Widersprüche zwischen:

- politischer Selbst- und Fremdbestimmtheit des Verhaltens,
- Subjekt- und Objektrolle der Persönlichkeit in der Politik,
- sozialer Integration durch politische Kooperation/Partizipation und sozialer Unterordnung in politische <sup>Hierarchie</sup> Hierarchien.

Diese widersprüchlichen Beziehungen können sich in ihrer realen Triebkraftwirkung auf die pS der Persönlichkeit gegenseitig überlagern, durchdringen, aufheben oder verstärken. Entscheidend für ihre Wirkung ist ihre ganz konkrete, auf die Persönlichkeit bezogene Bedingungskonstellation und Genese. Nur daraus ist zu erklären, daß sich zu einem bestimmten Zeitpunkt und Ort (z. B. Schulklasse) nebeneinander Jugendliche mit einer hohen politischen Bildung, Zielbewußtheit, Anspruchsniveau und Engagement ebenso entwickeln können wie Jugendliche auf dem Niveau "politischer Analphabeten" und politischer Apathie.

Im realen Prozeß der pS gestalten sich diese Widersprüche zugleich auch als Ziel-Mittel-Widerspruch auf der jeweils konkreten Stufe der Entwicklung der Persönlichkeit. Allgemein bildet das Bedürfnis nach erweiterter politischer Partizipation und Mitbestimmung das anzustrebende Ziel und das bisherige Niveau der politischen Kompetenz bzw. des politischen Selbstbewußtseins in Einheit mit den Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels (v. a. den jeweiligen sozialen Tätigkeiten) das Mittel.

Im Verlaufe der pS vor allem im Kindes- und Jugendalter kommt es zu einem Ziel-Mittel-Dominanzwechsel. Auf einem niederen Niveau der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes bzw. Jugendlichen erfolgt die Herausbildung politischer Kompetenz und politisch-ideologischen Selbstbewußtseins (als Ziel) vorrangig durch die politischen Lernprozesse (v. a. in der Schulbildung) politisch bzw. quasi-politischen Spiele (z. B. Kriegsspiele), beginnender politischer Betätigung (z. B. in der Pionierorganisation), politischer Informationen (über die Medien, Eltern u.a.) und politisch relevanter sozialer Erfahrungen aus nicht unmittelbar politischer Tätigkeiten (als Mittel). Dieses Verhältnis von Ziel und Mittel kehrt sich mit zunehmender Reife der Persönlichkeit um.

Während nun die (auch politisch reifere) Persönlichkeit zum dominanten Mittel wird, wandelt sich das Ziel zunehmend zur erweiterten gesellschaftspolitischen Realitätskontrolle und sozialkooperativer Integration durch politische Mitbestimmung (z. B. in einer Partei) und politischer Partizipation (z. B. in politischen Funktionen).

Das erweiterte Bedürfnis der Persönlichkeit nach politischer Mitbestimmung und Teilnahme kann sich ergeben aus:

- . einem höheren Anspruch der Gesellschaft an die aktive, bewusste politische Mitbestimmung der Individuen (entspricht z. B. der These vom wachsendem subjektiven Faktor im Sozialismus),
- . einem Konflikt zwischen den politischen Zielen und Formen der politischen Machtausübung der herrschenden Klasse und den politischen Zielen anderer Klassen bzw. sozialer Schichten (z. B. der Kampf der progressiven Kräfte in der bürgerlichen Gesellschaft),
- . einer Diskrepanz zwischen den Formen und Methoden der politischen Machtausübung des Überbaus und den objektiven Klasseninteressen auf einem bestimmten Niveau der Gesellschaftsentwicklung (z. B. in der Periode der Stagnation in der SU),
- . einer Diskrepanz zwischen dem Anspruch einzelner sozialer Gruppen oder Personen auf politische Mitbestimmung und den konkreten meso- und mikrosozialen Bedingungen ihrer Realisierung (z. B. in der konkreten Mitarbeit im Jugendverband),
- . einer Diskrepanz zwischen dem erreichten Niveau der politischen Kompetenz und des politisch-ideologischen Selbstbewußtseins der Persönlichkeit und der gesellschaftlichen Normen politischer Partizipation und Mitbestimmung (z. B. in der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes und Jugendlichen).

## 5. Stappen der politischen Sozialisation

Wie bereits eingangs dargestellt, gehen wir davon aus, daß die pS ein lebenslanger Prozeß ist und in und durch die aktive Umwelteingung der Subjekte erfolgt.

Dementsprechend müssen die Kriterien für die Analyse des Verlaufs der pS auch in der Art und Weise der tätigen Umwelteingung der Subjekte gesucht werden. Unter Berücksichtigung der psychologischen Benennung der 3 Haupttätigkeiten Spiel, Lernen, Arbeit und der spezifischen Individuum-Gesellschaft-Dialektik werden wir folgende Stappen der pS vorschlagen:

I. Die frühe Kindheit bis zum Schuleintritt, in der das sozial folgenlose Spiel dominiert und grundlegende Erfahrungen mit sozialen Strukturen vor allem in der Familie, in den Vorschuleinrichtungen und im mikro-sozialen Umfeld gemacht werden.

Diese Etappe ist vor allem durch die soziale Folgenlosigkeit des Spiels, einem eng begrenztem sozialem Erfahrungsfeld, geringer intellektueller Kompetenz des Kindes und einer primären Eltern- bzw. Familienfixiertheit in den Sozialbeziehungen charakterisiert. Jedoch macht das Kind schon in diesem eng begrenztem sozialen Erfahrungsfeld überschreitende Erfahrungen u.a. durch den Zugang zu den Massenmedien (vor allem Fernsehen). In der Gestalt von Märchen u. ä. gewinnt bereits das Vorschulkind Einblicke, "Erkenntnisse" in soziale Strukturen (z. B. König-Knecht), die sein unmittelbaren Erfahrungsraum überschreiten und meist als "Gut-böse"-Relation abgebildet werden. Diese sozialen Strukturen können vom Kind als Rollenspiel oder Kriegsspiel bereits aktiv reproduziert werden, wobei das Kind schon Partei für bestimmte Rollen oder handelnde Personen seines Spiels ergreift.

II. Das Schulalter, wo in der dominierenden Lernfähigkeit erstmals über die Leistungsbewertung der unmittelbare gesellschaftliche Bezug der eigenen Tätigkeit erfahren wird, ein höheres intellektuelles Niveau der gezielten bzw. bewußten kognitiven Aneignung gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse herausgebildet wird und Erfahrungen über die Möglichkeiten der eigenen Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen (v. a. in der Pionierorganisation und der FDJ) gemacht werden.

Das Kind/der Jugendliche ist nun in einem wesentlich erweiterten sozialen Erfahrungsfeld tätig. Das Elternhaus/die Familie bleibt zwar noch der vorrangige soziale Bezugs- bzw. Vertrauenspartner, jedoch gewinnen die in der Schule und ihrem sozialen Umfeld gemachten Erfahrungen immer größeren Einfluß auf die Herausbildung und Festigung sozialer Anschauungen und Einstellungen. Für diese Kinder bzw. Jugendlichen ist die Schule die "eigentliche Gesellschaft" außerhalb der Privatsphäre (zu der eben vorrangig auch die Familie gehört).

Die Lehrer verkörpern nicht schlechtbin das <sup>22</sup>vermittelnde Bildungsgut sondern repräsentieren die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und damit politische Strukturen. In der Vorgabe, Vermittlung und Bewertung von Bildungszielen und -inhalten repräsentieren die Lehrer und Erzieher die für den Schüler relevanten gesellschaftlichen Normen, Ziele und Ideale. Das Lernverhalten der Schüler wird damit direkt und indirekt, bewußt und unbewußt zum politischen Verhalten, sein Lerneifer zum Ausdruck seiner politischen Identifikation. Dabei darf

diese Beziehung zwischen Lernverhalten und politischer Identifikation nie kurzschlüssig gezogen werden, denn sie ist vielfach vermittelt über die Beziehung des Schülers zum Erkenntnisgegenstand (s. B. Lieblingsfächer, Hobbys), vorhandenen Lerneinstellungen (z. B. durch die Eltern angeregt), den sozialen Beziehungen zum Lehrer und zum Klassenkollektiv usw. So kann politische Verweigerung durchaus Lernverweigerung oder auch bewußten Lerneifer zur Konsequenz haben. Letztlich bleibt jedoch die Beziehung zwischen dem erreichten Niveau politischer Kompetenz und politisch-ideologischen Selbstbewußtsein des Schülers und seinem Lernverhalten als eine tragende Stütze seiner weiteren politischen Sozialisation in ihrer individuell-spezifischen Konstellation bestehen.

Neben dem sozialen Erfahrungs- bzw. Tätigkeitsfeld gewinnen für den Schüler vor allem die sozialen Beziehungen in der Freizeit (v. a. Freundeskreis), die Mitarbeit in gesellschaftlichen Organisationen und vor allem die Medien an Bedeutung. Kennzeichnend für diesen Bedeutungsgewinn sind besonders der bewußtere, selbständigere und erweiterte Zugang zu diesen drei genannten sozialen Erfahrungsfeldern, was ein erweitertes Niveau politischer Kompetenz und politisch-ideologischen Selbstbewußtseins sowohl voraussetzt (z. B. für die Auswahl von Fernsehsendungen oder die Mitarbeitsbereitschaft in der Pionierorganisation) als auch in Folge der aktiven Aneignung auch erzeugt.

Damit beginnt sich in der Schulzeit schon der unter 3.2. genannten Ziel-Mittel-Dominanzwechsel von politischer Betätigung einerseits und politischer Kompetenz und politisch-ideologischem Selbstbewußtsein andererseits zu vollziehen.<sup>1</sup>

Innerhalb des Schulalters sind natürlich die Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Schülern zu berücksichtigen, ohne damit die Bestimmung des Wesens dieser Stufe der ps aufzuheben.

Das spezifisch Politische in dieser Stufe ist einerseits im gesellschaftlichen Interesse der politisch herrschenden Klasse an der Reproduktion ihrer Machtstrukturen vermittelt über Bildungsinhalte und -formen sowie Auswahl- und Fördermechanismen zu sehen und zum anderen in der vorrangigen Entwicklung gesellschaftsbezogener Einstellungen, Verhaltensweisen und intellektueller Kompetenz der Schüler in der Schule und darüber hinaus (wobei das Schulische Lernen die gesamte Lebensweise des Schülers strukturiert) gegeben.

<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang erscheint es notwendig, den Jugendbegriff bzw. das Jugendalter als einen sich auch "real-entwickelten" Begriff bzw. Gegenstand auszufassen und seine gesellschafts-historische wie auch individual-biografische Genese in diesen Ziel-Mittel-Dominanzwechsel der Entwicklung der Persönlichkeit einzuordnen.

III. Die Berufsausbildung (von der das Studium eine Sonderform darstellt) besitzt einen typischen Übergangscharakter als Etappe der pS, sollte aber trotzdem von der schulischen Bildung und der späteren Berufstätigkeit abgehoben werden. Der Eintritt in die Berufsausbildung erfolgt bereits auf einem hohem Niveau politischer Kompetenz und gefestigtem politisch-ideologischen Selbstbewußtsein des Jugendlichen. Er ist auch vom Niveau seiner intellektuellen Kompetenz in der Lage, komplexe gesellschaftliche Strukturen und Prozesse zu analysieren, einzuordnen in vorhandene Denkstrukturen über geschichtliche Prozesse und politisch zu bewerten.

Mit der gezielten Vorbereitung auf den Beruf erfolgt sowohl die Vorbereitung einer neuen "Rolle" im materiellen, gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß als auch die Vorbereitung auf ein höheres Niveau staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten, z. B. der Teilnahme an Wahlen, möglicher Eintritt in politische Parteien, neue juristische Verantwortlichkeit, baldiger Dienst in der NVA, Familiengründung u. ä.<sup>1</sup> Diese unmittelbare Vorbereitung auf eine neue "soziale Rolle" stellt für den Jugendlichen eine Entwicklungsaufgabe dar, die vor allem ein höheres Niveau bewußter Antizipation gesellschaftspolitischer Ziele, Normen und Werte, seiner eigenen Stellung zur Gesellschaft und zum politischem System und seiner eigenen gesellschaftspolitischen Ziele, Interessen und Verstellungen erfordert.

Dieses objektive Erfordernis stellt sich dem Jugendlichen als Widerspruch zwischen seinem vorhandenem Niveau an politischer Kompetenz bzw. politisch-ideologischem Selbstbewußtsein und den von ihm antizipierten (neuen?) politischen Identifikations- und Verhaltensansprüchen z. B. bei der Musterung zum Wehrdienst und der Entscheidung für solche Alternativen wie Grundwehrdienst oder Längerdienen, Dienst mit der Waffe oder Bau-soldat. Es ergeben sich also für den Jugendlichen <sup>echte</sup> politische Entscheidungssituationen, die für sein weiteres Leben von großer Tragweite sein können. Damit hat sich der Ziel-Mittel-Dominanzwechsel bereits deutlich zum vorhandenen Niveau politischer Kompetenz bzw. politisch-ideologischem Selbstbewußtsein als Mittel für das politische Verhalten des Jugendlichen verschieben.

<sup>1</sup> Das trifft in ähnlicher Form auch auf den Student zu, der zwar formal diese Rechte besitzt, real jedoch aus vielen Formen der gesellschaftlichen bzw. politischen Teilhabe noch ausgeschlossen ist bzw. einen Sonderstatus besitzt.

Dieses neue Niveau bzw. Stufe der pS wird auch von der sozialen Umwelt des Jugendlichen anerkannt und schlägt sich in einer erweiterten Einbeziehung z. B. der Lehrlinge in politische Informations- und Kommunikationsbeziehungen jedoch heute noch zu wenig/selten auch in erweiterte politische Mitbestimmung um.<sup>1</sup>

IV. Der Übergang zur Berufstätigkeit stellt für den Jugendlichen insofern eine neue Stufe seiner pS dar, als damit einerseits die volle Anerkennung als politisches Subjekt (z. B. durch die Volljährigkeit) und seine aktive Teilnahme an gesellschafts-politischen Informations-, Meinungsbildungs- und Planungs- bzw. Leitungsprozessen verbunden ist bzw. sein sollte und andererseits durch die Berufstätigkeit nicht nur wie in der Schulzeit und Berufsbildung eine Vorbereitung auf einen eigenständigen Beitrag zur gesellschaftlichen Reproduktion erfolgt, sondern nun über die eigene, aktive Teilhabe an dieser gesellschaftlichen Reproduktion auch ein ein vollwertiges, politisches Subjekt als Mitglied einer sozialen Klasse bzw. Schicht darstellt. Damit steht auch die Frage nach der Identifikation mit den politischen Zielen seiner Klasse bzw. sozialen Schicht und der bewußten Teilnahme an der aktiven Durchsetzung dieser politischen Ziele auf einer neuen Niveaustufe. Ob bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt trägt das Verhalten des Jugendlichen nun in einem anderem Maße als früher zur politischen Entwicklung der Gesellschaft bei und erhält auch einen höheren Grad an politischer Verantwortung.

Der berufliche Alltag wird nun einerseits zur zentralen Sphäre des politischen Verhaltens des Jugendlichen und späteren Erwachsenen, andererseits strukturiert er über die praktizierte Lebensweise auch das unmittelbar politische Verhalten, z. B. in der Bewertung politischer Medieninformationen, in der Kandidatur für politische Funktion, in der Organisiertheit in politischen oder gesellschaftlichen Massenorganisationen u. ä.

Trotz des hohen Stellenwertes der Massenmedien im Alltag der Jugendlichen und Erwachsenen würde ich auch bei ihrer Wirkung (einschließlich Auswahl und kommunikative Bewertung) für eine Dominanz, d. h. einer Präjudizierung durch die berufliche Tätigkeit, ihrer sozialen Eingebundenheit und alltäglichen Erfahrung plädieren.

<sup>1</sup> So besitzt der 16-Jährige durchaus schon die politische Kompetenz um sich z. B. auch schon an Wahlen beteiligen zu können.

V. Mit dem Austritt aus der Berufstätigkeit (das nicht allein Rentner, sondern auch nichtberufstätige Frauen oder Kranke betrifft) bleiben zwar formal die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten erhalten, jedoch ergibt sich eine Einschränkung realer Teilnahme am gesellschaftspolitischen Prozeß vor allem im Bereich der politischen Meinungsbildung und der sozialen Reproduktion als Klassensubjekt. Formal bleibt ein Rentner zwar Mitglied einer Klasse bzw. sozialen Schicht, er erlebt dies jedoch nicht mehr im beruflichen Alltag über den gegenseitigen sozialen Zusammenhalt (Klassensolidarität) oder als Teilnehmer am gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Somit ergibt sich insbesondere für Ältere Bürger ein Widerspruch zwischen ihrem hohen Niveau an politischer Kompetenz und politisch-ideologischen Selbstbewußtsein und ihren realen Möglichkeiten politischen Verhaltens im Alltag. In diesem Widerspruch kann das bewußte Besinnen, manchmal auch Beharren dieser Älteren Bürger auf ihre zurückliegenden politischen Erfahrungen eine Scheinlösung darstellen, wenn diese nicht an gegenwärtig-aktuelle politische Verhaltensanforderungen entsprechend der objektiven, gesellschaftlichen Entwicklung gebunden sind. Darüber hinaus können Einschränkungen in der geistigen oder körperlichen Leistungsfähigkeit Älterer Bürger ebenfalls zu verringerter Teilnahme am politischen Leben der Gesellschaft führen.

Diese hier dargestellten Etappen der pS sind nicht primär altersabhängig, sondern bedingt als Verhältnis vom allgemeinen Niveau der Persönlichkeitsentwicklung, gesellschaftlichen Entwicklungsanforderungen und aktiv-tätiger Aneignung gesellschaftlicher Verhältnisse durch das Subjekt in seinem sozial-historischen Gewordensein und seiner Bestimmtheit. Daraus ergeben sich vielfältige individuell- und gruppenspezifisch differenziert gestaltete Entwicklungsverläufe der pS z. B. in Abhängigkeit von der sozialen Stellung der Eltern und des Jugendlichen bzw. späteren Erwachsenen, seiner konkreten beruflichen Entwicklung, des Wohnortes (Stadt-Land), politischem Umfeldes (z. B. Eichsfeld oder Berlin), der kulturellen, politischen oder intellektuellen Kompetenz und Einstellungen der Eltern, der Medien-Kultur usw. Die wesentlichen Strukturen und Determinanten dieser Entwicklungsverläufe der pS, in ihrer konkreten Gestalt/Erscheinungsform in den 80er und 90er Jahren herauszufinden, sollte verstärkt Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Jugendforschung werden.

Das hier vorgestellte Modell des Verlaufs der pS geht von einer relativen Gleichwertigkeit der einzelnen Etappen aus. Damit grenzt es sich von Modellen ab, die eine Priorität der frühen Kindheit in der pS behaupten und im wesentlichen <sup>neofreudistische</sup> neoerbsche Grundlagen thematisieren. Zweifelsohne spielen frühkindliche Sozialisationseinflüsse insbesondere in der Familie eine große Rolle für die weitere Persönlichkeitsentwicklung, jedoch konnte eine prägende oder prädieterminierende Wirkung dieser frühkindlichen Sozialisationseinflüsse bzw. -effekte auf die späteren Verläufe der pS nicht zwingend nachgewiesen werden (vgl. ZÄNGLE 1978)71).

In gleicher Weise muß auch die These vom Primat des späten politischen Lernens im Erwachsenenalter zurückgewiesen werden, weil sie unkritisch die Bedeutung unbewußter Persönlichkeitsstrukturen vernachlässigt und einseitig das kognitiv-intellektuelle Niveau der Persönlichkeit zum Kriterium politischen Lernens erhebt (vgl. CLAUSSEN; WASHMUND 1982/29 f.).<sup>1</sup>

Meines Erachtens kommt es bei der Analyse des Verlaufs und der Determinanten vorrangig darauf an, in den einzelnen Etappen die qualitative Bestimmtheit des Widerspruchs zwischen Ziel und Mittel politischen Verhaltens als Ausdruck der Individuum-Gesellschaft-Dialektik und vermittelt über die konkreten sozialen Beziehungen und Tätigkeiten des Subjekts, herauszuarbeiten. Darin eingebettet kann und muß eine jeweils konkrete Bestimmung des Verhältnisses von habitualisierten Persönlichkeitsmerkmalen und aktueller Gerichtheit und Niveau des Verhaltens der Persönlichkeit erfolgen. Diese Anerkennung der relativen Gleichwertigkeit der einzelnen Sozialisationsetappen fordert natürlich auch eine weitere Bestimmung der qualitativen Besonderheit jeder Etappe (wie es oben versucht wurde) und ihrer gegenseitigen Bedingtheit. Im Sinne der materialistischen Dialektik könnte allgemein formuliert werden: Frühe Etappen der pS bilden die Voraussetzung für spätere Etappen, werden von diesen jedoch dialektisch aufgehoben. Eine konkrete Bestimmung dessen, was (unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen) im Verlaufe der pS einfach negiert und was dialektisch aufgehoben wird, muß Gegenstand der weiteren Forschung bleiben

<sup>1</sup> Auch die von CLAUSSEN vorgenommene Bestimmung der Sozialisationsetappen nach primärer, sekundärer und tertiärer Sozialisation trifft meines Erachtens nicht den Kern, da hier implizite von einem "Stufen-Modell" der pS ausgegangen wird und nicht die Widersprüchlichkeit der Individuum-Gesellschaft-Dialektik berücksichtigt (vgl. CLAUSSEN 1980/237-242).

## 5. Manifeste und latente politische Sozialisation

Innerhalb des Prozesses der politischen Sozialisation erscheint es uns aus Gründen der wissenschaftlichen Analyse der Wirkmechanismen sinnvoll, zwei Typen der pS zu unterscheiden: die latente und manifeste politische Sozialisation (vgl. CLAUSSEN; WASHMUND 1982/40). Im Unterschied zu CLAUSSEN; WASHMUND, die diese idealtypische Unterscheidung nur auf die pS in und durch die Familie beziehen, wollen wir sie auf alle Bereiche und Instanzen der pS anwenden. In dieser weiten Beziehung verstehen wir unter der manifesten politischen Sozialisation all jene kommunikativ oder kooperativ vermittelten Aneignungsformen politischer Kompetenz bzw. politisch-ideologischen Selbstbewußtseins, in denen vordergründig politisch-ideologische Informationen, Werte, Normen, Zielbildungen usw. ausgetauscht oder vermittelt werden, z. B. in der Schule, durch die Medien oder in der interpersonalen Kommunikation in der Familie. CLAUSSEN und WASHMUND unterscheiden innerhalb der manifesten pS noch zwischen intendierter, d. h. bewußter, absichtlicher und gezielter politischer Information, Kommunikation und Bildung sowie Wertung oder Einbeziehung in bzw. Motivierung zu politischen Ereignissen durch Lehrer, Erzieher, Eltern u.a., und nicht-intendierter, d. h. zufälliger, nichtangezielter oder unbewußter politischer Information, Kommunikation usw. (ebenda/48).

Im Anschluß an DAWSON, PREWITT und DOWSON (1977) unterscheiden die beiden Autoren zwischen 4 Formen der manifesten pS:

- a) der pS durch Imitation oder Nachahmungslernen z. B. im Rollenspiel;
- b) der antizipatorischen Sozialisation, d. h. Personen übernehmen Einstellung und Verhaltensweisen, die von ihnen in bestimmten sozialen Positionen oder Organisationen erwartet werden, teilweise bevor sie ihnen angehören;
- c) die politische Erziehung, d. h. die bewußte Vermittlung politisch-ideologischer Normen, Einstellungen, Werte und gesellschaftspolitischer Informationen in der Schule, der Familie oder den Medien;
- d) die politische Erfahrung aus der Teilnahme an unmittelbar politischen Veranstaltungen, Demonstrationen, Ereignissen bzw. der Tätigkeit in politischen Organisationen (ebenda/49).

Mit diesen Formen wird bereits deutlich, daß die manifeste pS weit über die Familie hinaus geht und sehr stark durch die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen der politischen Machtausübung und -begründung wie Bildungswesen, Presse, Fernsehen, Kunst oder politische Massenorganisationen getragen wird.

Unter der latenten politischen Sozialisation verstehen wir dagegen all jene kommunikativ oder kooperativ vermittelten Aneignungsformen politischer Kompetenz bzw. politisch-ideologischen Selbstbewußtseins, die nicht spezifisch politisch-ideologischen Charakter tragen, aber dennoch das politisch-ideologische Gepräge der Persönlichkeit beeinflussen. Nach ALMONO (1966) (vgl. CLAUSSEN, WASHMUND 1982/40) sei die latente pS ein zweistufiger Prozeß, in dessen Verlauf sich zunächst eine allgemeine Disposition (z. B. Erfahrung mit einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich) herausbildet, die dann später auf politische Objekte übertragen wird.

Wiederum in Anlehnung an DAWSON, PREWITT und DOWSON (1977) unterscheiden wir 3 Formen der latenten pS:

- a) die interpersonelle Übertragung, z. B. der Erfahrungen mit frühen Autoritätspersonen wie den Eltern oder Erziehern in den Vorschuleinrichtungen auf politisch handelnde Personen oder eigenen politischen Verhaltensmaximen;
- b) das Erfahrungslernen, d. h. Erfahrungen aus nichtpolitischer Betätigung (z. B. in der Schule oder im Freundeskreis) werden als Modellfall für späteres politisches Verhalten oder Urteilen (z. B. Schüler-Lehrer-Beziehung und Demokratieerleben) genommen;
- c) Generalisierung, d. h. Auswirkung allgemeiner Grundüberzeugung der Persönlichkeit aus früheren nichtpolitischen Erfahrungen auf politische Objekte (z. B. vom Alltagsbürger mit sozialistischer Bürokratie zur Gesellschaftskritik des Sozialismus).

Wiederum erscheint es schwierig, im realen Prozeß der pS diese Formen zu unterscheiden. Jedoch wird gerade in der latenten pS der Zusammenhang zwischen individuellem Verhalten (Tätigkeit) und Antizipation gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse im politisch-ideologischen Bewußtsein der Persönlichkeit deutlich. Zugleich bestätigt sich in der Unterscheidung zwischen manifester und latenter pS die Erkenntnis, daß bestimmte politisch-ideologische Effekte der Persönlichkeitsentwicklung durch Bildung und Erziehung zwar angezielt werden können, ihre reale Wirkung jedoch von der ganzen, widersprüchlichen Komplexität sozialer Beziehungen der tätigen Individuen zu einem bestimmten konkret-historischen Zeitpunkt, einer spezifischen sozialen Situation und individuell-typischen Konstellation abhängt. Einseitige (oft kognitivistische) und mechanistische (oft die Persönlichkeit nur als Objekt betrachtende) Bildungs- und Erziehungskonzeptionen

müssen gerade in der heutigen Zeit, in der ein hohes Maß an politisch-ideologischer Bewußtheit, Kompetenz und Engagement gefordert sind, deshalb mit Notwendigkeit scheitern. Politisch-ideologische Erziehung und Bildung von Jugendlichen kann nur in und durch die aktive, selbstbestimmte Mitwirkung der Persönlichkeit an gesellschaftlichen Entscheidungs-, Leitungs- und Planungsprozessen unter der Voraussetzung realer oder angestrebter progressiver gesellschaftlicher Verhältnisse zu einer echten Erweiterung politischer Kompetenz und politisch-ideologischen Selbstbewußtseins führen.

### 7. Niveauekriterien der politischen Sozialisation

Es genügt nicht, den Verlauf der politischen Sozialisation nach seinen wesentlichen Stappen und Verlaufsformen zu bestimmen, man muß auch Kriterien fixieren, die eine Einschätzung des jeweiligen Entwicklungsniveaus der Persönlichkeit in der pS erlauben. Diese Kriterien müssen sich aus der Bestimmung der pS selbst ableiten lassen, zugleich aber eine Operationalisierung für die sozialwissenschaftliche Forschung sowie für Erziehung und Ausbildung von Kindern/Jugendlichen ermöglichen.

Von welchen Voraussetzungen kann oder sollte die Bestimmung derartiger Niveauekriterien ausgehen?

Meines Erachtens sind mindestens folgende Voraussetzungen zu beachten:

- a) Die tätige Persönlichkeit in ihrer sozialen Bestimmtheit und sozialen Vermitteltheit zu anderen gesellschaftlichen Subjekten und Strukturen muß im Mittelpunkt stehen.
- b) Kriterium der Progressivität des Niveaus der pS muß die Einheit von gesellschaftlich Notwendigen und konkret-historisch Möglichem bezogen auf den objektiven gesellschaftlichen Fortschritt sein.
- c) Entsprechend der Universalität der Aneignungsprozesse, in denen sich die Persönlichkeit als gesellschaftliches Subjekt reproduziert und damit politisch-ideologisch relevante Beziehungen eingeht, müssen auch die Kriterien universellen Charakter tragen. Damit ist jegliche Einseitigkeit (z. B. der Konzentration auf Wissen) oder eindimensionale Mehr- oder Weniger-Beurteilung abzulehnen.
- d) Der dialektische Charakter der pS als komplexer, widersprüchlicher Prozeß der Vermittlung zwischen Individualität

und Gesellschaftlichkeit ist auch in komplexen, in sich widersprüchlichen Entwicklungs- bzw. Niveaukriterien zu erfassen.

Von diesen Voraussetzungen ausgehen, schlagen wir folgende Kriterien für die Niveaubestimmung der pS vor:

a) kognitive Kriterien

- das Niveau und der Umfang von Informationen (der subjektiven Informiertheit) über aktuelle und historische gesellschaftliche Prozesse, Ereignisse und politische Personen bzw. Gruppen (politisch-historische Informiertheit);
- das Wissen über gesellschaftliche Entwicklungsgesetzmäßigkeiten, Strukturen und Triebkräfte gesellschaftlicher Prozesse (gesellschaftswissenschaftliche Allgemeinbildung);
- die Fähigkeit zur historischen, dialektisch-materialistischen Analyse und Synthese gesellschaftlicher Prozesse (dial.-<sup>mat.</sup> Denk.);
- die politische Urteilsfähigkeit als kognitive Bewertung gesellschaftlicher Prozesse und
- das gesellschaftspolitische Handlungswissen über die konkreten gesellschaftlichen Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers und die Mittel und Wege ihrer Realisierung/Durchsetzung z. B. der verfassungsmäßigen Rechte.

Die Gesamtheit dieser kognitiven Kriterien bildet in ihrer individuell-spezifischen Konfiguration und Ausprägung die politische Kompetenz der Persönlichkeit.

b) Estimative Kriterien

- Niveau und Richtung der historisch- und aktual-politischen Interessen;
- die Richtung und das Niveau der politisch-ideologischen Einstellungen als Identifikation mit einer bestimmten sozialen Klasse/Schicht, ihren Zielen und Werten sowie den Mitteln und Wegen ihrer Durchsetzung;
- die Richtung und das Niveau der politischen Handlungsbereitschaft Motive zur realen Durchsetzung der eigenen oder fremder politischer Ziele im Verhalten (z. B. Teilnahme von Demonstrationen oder Mitgliedschaft in politischen Parteien);
- das Selbstbewußtsein der eigenen sozialen Stellung und politischen Ziele sowie der Mittel und Wege ihrer Durchsetzung.

Die Gesamtheit dieser Estimativen Kriterien bildet in ihrer individuell-spezifischen Konfiguration und Ausprägung das politisch-ideologische Selbstbewußtsein der Persönlichkeit.

Diese im engeren Sinne (unmittelbar) ideologischen Kriterien ordnen sich ein in die Totalität (komplexe, widersprüchlich-dynamische Ganzheitlichkeit) der nichtideologischen Persönlichkeitsmerkmale z. B. Wertorientierungs- oder Interessenstruktur, die jedoch im konkreten Zusammenhang mit den ideologischen Kriterien (Persönlichkeitsmerkmalen) eine ideologische Relevanz für das Verhalten der Persönlichkeit erhalten.

- c) Verhaltenskriterien der realen politischen Partizipation
- Teilnahme an politischen Ziel- und Wertbildungsprozessen;
  - Teilnahme an politischen Planungs-, Leitungs- und Entscheidungsprozessen;
  - politisches Kommunikations- und Informationsverhalten;
  - historisches und aktuel-politisches Bildungsverhalten.

Diese Verhaltenskriterien sind jeweils in ihrem Umfang der realen d. h. tätigen Teilnahme, ihrer Ziel- und Mittelbewußtheit, dem Niveau der persönlichen Verantwortlichkeit und ihrer informellen oder formellen Realisierungsform zu differenzieren.

So könnte man diese Verhaltenskriterien angewandt auf konkrete Formen der politischen Partizipation nutzen, um z. B. zu unterscheiden:

- zwischen reproduktiven/rezeptiven und produktiven politischen Verhaltensformen (z. B. zwischen politischer Informationsaufnahme aus den Massenmedien und eigener politischer Informationsbildung als Zirkelleiter im FDJ-Studienjahr);
- zwischen politischen Aktivitäten im Rahmen formeller (z. B. Parteien) oder informeller (z. B. Freundeskreis) sozialer Strukturen;
- zwischen selbstbestimmten und -verantworteten (z. B. Halten eines Diskussionsbeitrages) und fremdbestimmten und -verantworteten (z. B. Mitlaufen in einer Demonstration) politischen Aktivitäten;
- zwischen legalen und illegalen politischen Aktivitäten in Bezug zum herrschenden Rechtskodex;
- zwischen Sympathie- bzw. Unterstützenden und Protestaktivitäten in Bezug zu den herrschenden politischen Normen;
- zwischen faktischer und potentieller politischer Partizipation in Bezug auf reale Einflußnahme auf gesellschaftliche Prozesse.

Die Unterscheidungen sind vor allem für die Analyse konkreter politischer Verhaltensformen notwendig.

Dieses Verhältnis ist jeweils historisch-konkret zu bestimmen in Abhängigkeit von nationalen, territorialen, ethnischen oder kulturellen Besonderheiten der historischen Entwicklung, dem jeweiligen Niveau der gesellschaftlichen Entwicklung und den sich daraus auch objektiv ergebenden Möglichkeitsfeld politischen Verhaltens der Persönlichkeit.<sup>1</sup>

Die konkrete Ableitung von Niveaukriterien der pS der Persönlichkeit (z. B. in Bildungs- und Erziehungskonzeptionen) ist wiederum Bestandteil der ideologischen Selbstbestimmung einer sozialen Klasse bzw. Schicht bezogen auf ihre politischen Ziele und Werte. Die bewußte Einflußnahme der sozialen Klassen bzw. Schichten auf die pS der Kinder und Jugendlichen gehört zu den zentralen Momenten der Durchsetzung ihrer politischen Ziele und Werte. In diesem Sinne ist das Kind bzw. der Jugendliche auch Objekt der pS durch eine bestimmte soziale Klasse oder Schicht.

In dem Maße, wie die politischen Ziele und Werte sowie die Mittel und Wege ihrer Durchsetzung einer sozialen Klasse bzw. Schicht dem gesellschaftlichen Fortschritt entspricht, so wird auch eine Annäherung oder Diskrepanz zwischen den objektiv notwendigen und den real von der Klasse/Schicht gesetzten Zielkriterien der pS der Persönlichkeit möglich sein. Mit zunehmender (Selbst-)Bewußtheit der Persönlichkeit über seine eigenen politischen Ziele und Werte und ihrer wachsenden politischen Kompetenz im Verlaufe der pS wird die Persönlichkeit auch deshalb zunehmend zum Subjekt der pS, weil es die Bedingungen und die Kriterien der pS selber gestaltet. Damit hat die Persönlichkeit auch die objektive und subjektive Möglichkeit, historisch gewachsene oder aktual-politisch gegebene Grenzen der von einer sozialen Klasse bzw. Schicht gesetzten Kriterien der pS zu überwinden. Hier kann die Persönlichkeit als individuelles politisches Subjekt mögliche Diskrepanzen zwischen den politischen Zielen und Werten der sozialen Klasse bzw. Schicht und den historischen Entwicklungsnotwendigkeiten überwinden. Die aktive Rolle solcher Persönlichkeiten wie Napoleon, Marx oder Lenin in der Geschichte gibt überzeugenden Beweis dieser Möglichkeit.

<sup>1</sup> Hier gibt es auch zu berücksichtigen, daß gerade in der bewußten geistigen oder praktisch-politischen Überwindung fortschrittshemmender gesellschaftlicher Zustände ein hohes Niveau der pS erreicht werden kann.

## 8. Instanzen der politischen Sozialisation

Als Instanzen der politischen Sozialisation wollen wir in Anlehnung an HURRELMANN u. a. (1985/62ff) jene gesellschaftlichen Teilbereiche bzw. Substrukturen verstehen, in denen die Persönlichkeit vermittelt über ihre Tätigkeit den gesellschaftlichen Anforderungen direkt oder indirekt gegenübertritt und sich mit ihnen auseinandersetzt. Damit lassen sich die Sozialisationsinstanzen mindestens durch folgende Momente bestimmen:

- a) Sie bilden die gesellschaftlichen Tätigkeitsfelder für die individuell-spezifische Aneignung und Vergegenständlichung gesellschaftlicher (bzw. ihrer sozialen Klasse/Schicht) Ziele, Normen, Ideale. Damit sind sie wesentliche und primär durch das historisch entstandene System gesellschaftlicher Arbeitsteilungen in ihrer räumlich und zeitlich besonderen (d. h. individuell-typischen) Struktur bestimmt. Für den Jugendlichen, der 1970 geboren wurde, sind es die konkreten Bedingungen seiner Haupttätigkeit (z. B. Beginn seiner Berufstätigkeit) und seiner natürlichen und sozialen Lebensumwelt (z. B. eines Großbetriebes einer Bezirksstadt) und den innen- und außenpolitischen Bedingungen der DDR 1989.

Diese Tätigkeitsfelder in ihrer historischen Entwicklung (z. B. von den 60er, 70er zu den 80er und 90er Jahren) und in ihren wesentlichen Bedingungsbeziehungen und sozialen Widersprüchen (z. B. der Art und Weise der Darstellung gesellschaftlicher bzw. Klassenziele) zu analysieren, bildet eine wichtige Voraussetzung für eine dialektisch-materialistische Konzeption der politischen Sozialisation.

- b) Die Sozialisationsinstanzen vermitteln aktiv gesellschaftliche (bzw. Klassen- und Schichten-) Werte, Normen, Ideale über ihre sozialen Träger, wie Lehrer, Eltern, Kollegen und den von der Persönlichkeit zu ihnen eingegangenen (inter-)aktiven sozialen Beziehungen. Als Vermittler gesellschaftlicher Werte, Normen usw. werden diese sozialen Träger von der klassischen Sozialisationstheorie als Sozialisationsagenten und damit als eigentlich aktives Moment der Sozialisation angesehen. Wir gehen jedoch davon aus, daß durch diese sozialen Träger von gesellschaftlichen Normen, Werten usw. eine aktive und subjektive Vermittlungsbeziehung zwischen Gesellschaft (bzw. Klasse/Schicht) und der Persönlichkeit besteht. Diese Vermittlungsbeziehung kann Vielfältigkeit sein, z. B. als Informations- oder Identifikationsangebot (der Medien), als

interaktive Umweltgestaltung in gemeinsamer Tätigkeit (im Arbeitsprozeß), als bewußte und gezielte Bedingungsvariation (an der Schule) oder als bewußte/unbewußte Handlungsregulation (in der Familie). Entscheidend ist jedoch, daß durch diese sozialen Träger gesellschaftlicher Werte, Normen usw. keine direkte Wirkbeziehung zur Entwicklung des politisch-ideologischen Bewußtseins der Persönlichkeit besteht, vielmehr sich die pS als ein produktives oder destruktives Widerspruchsverhältnis zwischen den bewußt oder unbewußt von den Sozialisationsinstanzen intendierten sozialen Werten, Normen usw. und den individuellen Werten, Normen der Persönlichkeit gestaltet. Der Grad der Fremd- oder Selbstbestimmtheit, Bewußtheit und Zielgerichtetheit der tätigen Bewältigung dieses Widerspruchsverhältnisses durch die Persönlichkeit gibt damit auch Aufschluß über das erreichte und erreichbare Niveau der pS. Es gehört somit zu einer zweiten Voraussetzung materialistisch-dialektischer Konzeption der pS, die Art und Weise der Vermittlung gesellschaftlicher Anforderungen (als Klassen- oder Schichtenwerte, -normen usw.) über die Sozialisationsinstanzen in ihrem historischen Gewordensein und historisch-konkreter gesellschaftlicher Bedingtheit zu analysieren, um darüber die spezifischen subjektiven Formen, in denen die Persönlichkeit das o. g. Widerspruchsverhältnis erlebt, bewältigt und verarbeitet, erklären zu können.

e) Diese Sozialisationsinstanzen und ihre sozialen Träger bilden auch die Blockkopplungsmedien für die soziale Effizienz individuellen Verhaltens der Persönlichkeit und damit ein Außenkriterium für das Niveau der pS. Wenn die These stimmt, daß die pS in der tätigen Erfüllung gesellschaftlicher Anforderungen erfolgt, dann muß ihr Niveau daran gemessen werden, in welchem Maße die Persönlichkeit zur Durchsetzung der objektiven sozialen Interessen seiner Klasse oder Schicht entsprechend seinen konkreten Möglichkeiten beiträgt. Dabei kann es durchaus zu unterschiedlichen Bewertungen des Verhaltens der Persönlichkeit durch die verschiedenen Sozialisationsinstanzen kommen, da diese bzw. ihre sozialen Träger die objektiven sozialen Interessen der Klasse bzw. Schicht stets in subjektiver Form entsprechend ihrem individuellen sozialen Erkenntnisvermögen, ihrer spezifischen sozialen Interessen u. ä. abbilden. Zu kontroversen Bewertungen kann es gar kommen, wenn sich Teile einer Klasse oder Schicht vom realen "Lebensvollzug" dieser Klasse/Schicht gelöst haben

damit eigenständige soziale Interessen (Wirkeln) und die Mechanismen der sozialen Interessensvermittlung (z. B. Demokratie) gestört sind. Typisches Beispiel hierfür sind verzerrte und deformierte Überbaurwicklungen in der Geschichte einiger sozialistischer Länder.

Es gehört deshalb ebenso zu den Voraussetzungen einer materialistisch-dialektischen Konzeption politischer Sozialisation, stets den Bezug zu den objektiven sozialen Interessen der Klasse bzw. Schicht herzustellen und Wertungsprozesse zum Niveau der PS z. B. der Jugend der 80er Jahre zu diesen objektiven Interessen in Bezug zu setzen.

Diese Momente des Wirkens der Sozialisationsinstanzen können in ihrer Komplexität bereits wichtige Rückschlüsse auf vergangene oder auch zukünftige Prozesse in der PS der Jugend liefern. Zeigen sich in diesen Momenten beispielsweise wesentliche Störungen z. B. in der Akzeptanz bestimmter politischer Ziele oder Mittel durch die Jugend, gestörte Kommunikationsbeziehungen zwischen Medien und Jugend, verringerte Identifikation des Jugendverbandes durch die Jugend, dann ist auch für die Tradierung sozialistischer Ziele, Werte und Ideale durch die PS nur eine geringe Brilfolgechance zu erwarten.

Die Analyse dieser 3 Wirkmomente der Sozialisationsinstanzen gehört deshalb zu den primären Aufgaben unserer Forschungen. Entsprechend der genannten Voraussetzungen gehen wir davon aus, daß für die PS die wichtigsten Sozialisationsinstanzen die Schule, die Familie, die Massenmedien, der Jugendverband und die Freundes- bzw. Freizeitgruppe der Jugendlichen sind. Sie bilden die zentralen sozialen Tätigkeits-, Vermittlungs- und Bewertungsfelder für die Entwicklung des politisch-ideologischen Bewußtseins der Persönlichkeit.

Gegenstand der weiteren Erörterungen soll nicht die ausführliche Darstellung der Wirkmechanismen dieser Sozialisationsinstanzen in der PS sein. Das würde in Abtracht der umfangreichen Literatur hierzu den Rahmen dieser Thesen sprengen. Deshalb wollen wir uns hier auf die Thematisierung solcher Problemfelder beschränken, die für unsere weitere Forschung von besonderer Relevanz sein können.

### a) Familie

Die Familie gilt schon in der frühen amerikanischen Sozialisationstheorie als einflußreichste Größe für die pS. Eine häufig auch einseitige Ausrichtung der pS-Forschungen auf die Familie ist nicht zuletzt eine Folge der Verabsolutierung ~~sozialistischer~~ <sup>neurobiologischer</sup> Konzepte der Sozialisation durch frühkindliche Prägung (Kristallisationshypothese). Neuere Forschungen vor allem in der BRD stehen zu diesen Konzepten eher kritisch, vor allem wegen der methodischen Mängel dieser Forschungen (vgl. ZÄNGLE 1978/44ff). Bisher scheint diese These zumindest empirische noch nicht stichhaltig nachgewiesen zu sein. Sicher kann davon ausgegangen werden, daß die pS bereits im frühen Kindesalter einsetzt - vom Prinzip her mit der Geburt. Wir müssen jedoch davon ausgehen, daß die pS ein multifaktoriell bedingter, lebenslanger Prozeß ist.

Welche Bedingungen sprechen auch heute noch für eine hohe Relevanz der Familie in der pS?

Zu nennen sind hier solche Bedingungen, wie:

(a) Die Familie bildet das zeitlich erste und meist auch quantitativ umfangreichste Tätigkeitsfeld der Persönlichkeit. Damit besteht vom Prinzip her wirklich die Möglichkeit einer Prädetermination von Basisstrukturen der Persönlichkeit. Zugleich darf aber nicht übersehen werden, daß in der DDR ein hoher Anteil der Mütter berufstätig ist und auch schon die Kleinkinder den umfangreichsten Teil ihrer Tagesgestaltung in Kinderkrippen bzw. -gärten verbringen.

(b) In der Familie bestehen enge und emotionale Beziehungen. Die Eltern bilden bis ins Jugendalter hinein die primären sozialen Bezugspersonen. Damit ist auch ein hohes Identifikations- und Akzeptanzpotential für soziale Werte, Normen usw. gegeben, die von den Eltern vermittelt werden. Außerdem bestehen zwischen Eltern und Kindern intensive Kommunikationsbeziehungen, die eine Weitergabe von gesellschaftlichen Werten und Normen ermöglichen.

(c) Die Familie bildet gerade im frühen Kindesalter das mikrosoziale Bedingungs- und Wirkungsfeld, in dem soziale Hierarchie- und Machtstrukturen erlebt werden. Untersuchungen zum Einfluß autoritärer Erziehung auf die politischen Einstellungen lassen zumindest einige Zusammenhänge zwischen den erlebten Familienbeziehungen und den späteren politischen Einstellungen vermuten (vgl. CLAUSSEN WASHUND 1982/S. 39).

(d) Über die Familie reproduziert sich die sozialstrukturelle Bedingtheit der pS. Die Zugehörigkeit der Kinder/Jugendlichen zu den sozialen Klassen bzw. Schichten reproduziert sich primär über die Stellung der Eltern im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilungen und den daraus abgeleiteten sozialen Differenzierungen. Die Forschungen von LÖTSCH, BATHKE und GERH zeigen die nachhaltigen Einflüsse dieser sozialstrukturellen Einbindungen.

Es kann deshalb wohl durchaus von der Annahme ausgegangen werden, daß sich grundlegende politisch-ideologische Einstellungs- und Denkstrukturen der Persönlichkeit in der frühen Kindheit über die Familie herausbilden. Das betrifft z. B.

- grundlegende Wertorientierungsstrukturen,
- politischer Freund-Feind-Muster als "gut-böse"-Attributionen,
- + Informations- und Kommunikationsgewohnheiten,
- politische und historische Interessen u. a.

Die Ausprägung dieser Persönlichkeitsmerkmale in der pS ist jedoch abhängig von solchen Bedingungen, wie:

- politisch-ideologische Einstellungen beider Eltern,
- sozialstrukturelle Herkunft bzw. Position der Eltern,
- politische und Allgemeinbildung der Eltern,
- Sichtbarkeit und Artikulation der elterlichen Einstellungen,
- Kommunikation Eltern - Kind,
- Familienklima und Erziehungsstil der Eltern.

Diese Wirkungen der Familie schließen jedoch noch nicht eine Akzeptanz der Kristallisationstheorie ein, vielmehr geht es darum den Einfluß der o. g. Familienmerkmale in Abhängigkeit von den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen zu untersuchen. Vergleicht man die Entwicklung der Familien vor 100 Jahren im damaligen deutschen Kaiserreich und jetzt in der DDR oder der BRD, so lassen sich gravierende Veränderungen feststellen, die auch auf die Art und Weise der pS in der Familie nicht ohne Einfluß geblieben sein konnten, z. B. Stellung der Frau im öffentlichen Leben, in der Arbeit und in der Familie; veränderte Bildungsniveaus der Väter und besonders auch der Mütter; Übergang von der bäuerlichen Großfamilie zur städtischen Kleinfamilie u. ä. Es würde sich lohnen allein die unterschiedliche soziale Stellung der Frau und ihren Einfluß auf die pS der Kinder in Abhängigkeit von nationalen und kulturellen Besonderheiten/Traditionen, dem politischen System, der historischen Entwicklung

und der spezifischen sozialstrukturellen Position aus sozialgeschichtlicher Sicht am Beispiel Deutschland 1890; DDR und BRD 1988 zu analysieren.

Im Ergebnis einer solchen Analyse würde sicherlich ein weiterer Beleg für die Schlußfolgerung von Kl. WASHMUND ableitbar sein: "Politische Sozialisation in der Familie ist kein passiv erlebter Anpassungsvorgang, sondern ein wechselseitiger, aktiv mitgestalteter und auch auf Veränderung gerichteter Prozeß, wobei mit zunehmendem Lebensalter, die in der Familie gelernten Orientierungen in verschiedenen sozialen Kontexten überprüft, modifiziert oder unter Umständen auch völlig verändert werden." (CLAUSSEN/WASHMUND 1982/57)

Der konkreten empirischen Forschung wird es vorbehalten sein, die jeweils dominierenden Wirkbeziehungen innerhalb der Familie und zwischen der Familie und anderen Sozialisationsinstanzen unter den spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen der DDR zu analysieren. Dabei gilt es den eingangs geforderten Voraussetzungen eines materialistisch-dialektischen Konzepts der ps gerecht zu werden und z. B. die Veränderungen in den familiären Bedingungen in den 60er, 70er und 80er Jahren in Rechnung zu setzen.

#### b) Massenmedien

Wohl in keinem gesellschaftlichem Bereich haben sich in den letzten 50 Jahren die Veränderungen und damit verbundenen Folgen so rasch und gravierend vollzogen wie auf dem Gebiet der Informationstechnologien.

Während der erste qualitative Einschnitt in der Menschheitsgeschichte auf dem Gebiet der Informationstechnologien, die "Erfindung" der Schriftsprache, überhaupt erst die dauerhafte und personenunabhängige Weitergabe von "Ideologie" erlaubte, hatte die zweite große "Erfindung" auf diesem Gebiet, die Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern, schon wahrhaft revolutionäre Wirkungen. Durch den Buchdruck wurde das Informations- und Ideologiemonopol der Kirche gebrochen. Damit wurde eine entscheidende informationstechnologische Voraussetzung für die Verbreitung antifeudaler, bürgerlicher Ideologie geschaffen, was sich aus der Vorgeschichte der französischen Revolution sogar sehr konkret nachvollziehen läßt.

Die dritte große "Erfindung" auf dem Gebiet der Informations-technologien war meines Erachtens das Fernsehen, das es erlaubte, jeden Ort der Welt (einschließlich Mond, Mars und Mikrowelt) ins Wohnzimmer zu holen und gekoppelt mit technischen Aufzeichnungssystemen sogar jederzeit verfügbar zu haben. Mit dem Fernsehen wurde zugleich ein neues Monopol an Ideologievermittlung geschaffen. Die technischen Mittel der Fernsehherzeugung und die Möglichkeit seiner organisatorischen Zentralisation machten es trotz aller Tendenzen der Privatisierung zu einem vorzüglichem Mittel der gesteuerten Ideologievermittlung.

Nach den Forschungen von STIEHLER, WIEDERMANN, BISKY u. a. kann die Ideologiefunktion der Massenmedien vor allem in drei Bereichen gesehen werden:

a) die Informationsfunktion:

durch die Vermittlung von politischem Handlungswissen, Information über gesellschaftliche Prozesse als Wertungs- und Sachgrundwissen und über die gezielte Informationsleitung und -manipulation;

b) die Orientierungsfunktion:

durch die Setzung und Vermittlung politischer Ziel- und Leitbilder; durch die politische Aktivierung und Interessierung versus Desaktivierung und Desinteressierung; durch Idealbildung, Werte- und Normenvermittlung; durch risikofreies Erleben. Suchen und Ausprobieren von Verhaltensmustern und durch soziale Absicherung und Unterstützung;

c) die Wertungs- und Rückkopplungsfunktion:

durch Vermittlung von sozialen Quasi-Erfahrungen und Quasi-Interaktionen; durch Identifizierung mit politisch-ideologischen Positionen und durch die Vermittlung von Wertungs- und Bewertungsstrukturen zu gesellschaftlichen Prozessen.

Als gesellschaftliche Bedingungen der Medienwirkung können in Anlehnung an STIEHLER (a. J.) herausgestellt werden:

- der Inhalt und die Orientierung der Medien,
- das Vorhandensein einer bestimmten Medienkultur,
- die spezifische Mediensituation bzw. Kommunikationssituation,
- die Kommunikations- bzw. Medienbedürfnisse und -erfahrungen der Kinder und Jugendlichen und
- die materiellen und raum-zeitlichen Bedingungen der Medien-nutzung durch die Kinder und Jugendlichen

Mit dieser Differenzierung der gesellschaftlichen Bedingungen der Medienwirkung ist uns ein analytisches Instrumentarium für die Erforschung der pS durch die Medien auch in der historischen Entwicklung gegeben. Wie notwendig eine solche historische Analyse auch ist zeigt folgender Vergleich:

Die Eltern der heutigen Jugendlichen erlebten den massenhaften Durchbruch des Fernsehens von seiner Einführung in den 50er Jahren über die quantitativen Erweiterungen der Programme und Sendezeiten sowie qualitativen Verbesserungen durch Farbfernsehen und Stereoton bis zum Videorekorder. Allein diese Entwicklung ist durch einen ständigen ideologischen Kampf in und um das Fernsehen begleitet, bei dem die BRD und ihre Verbündeten meistens technisch wie auch inhaltlich das PrÜ hatten. Die heutigen Jugendlichen erleben ihrerseits bereits die 4. Revolution der Informationstechnologien, die auf der Basis der Mikroelektronik entwickelten modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) deren Markenzeichen heute vor allem der Personalcomputer ist. Die neuen IKT erlauben eine gewaltige Konzentration und Verarbeitung großer Informationsmengen auf dezentraler Basis. Gerade in dieser Einheit von effektiver Informationsverarbeitung, dezentraler Basis und "massenhaftem" Zugang zu neuen IKT liegt m. E. auch ihre ideologische Relevanz. Jede der vier genannten "Revolutionen" der Informationstechnologien führte einerseits zu einer größeren Informationsdichte, einer massenhafteren, billigeren Verbreitung und Verfügbarkeit. Damit entstand für die herrschenden politischen Klassen stets das Bedürfnis nach Monopolisierung der Informationsmittel, um gezielt und möglichst ausschließlich ihre Ideologien zu verbreiten. Je massenhafter die Verbreitung bzw. der Zugriff und je größer die Informationsdichte, desto politisch-ideologisch relevanter wurde damit auch das politische Informationssystem. Mit der massenhaften und dezentralen Verbreitung stiegen aber auch die Möglichkeiten der nichtherrschenden sozialen Klassen und Schichten und nun auch der Individuen, eigene politische Ziele einzubringen. Wenn das nicht ging, dann wurde das Informationssystem meist Gegenstand harter politischer Auseinandersetzungen. Wenn wir das Wirken der Massenmedien in der pS der Jugend der DDR betrachten, so müssen wir auch berücksichtigen, daß die DDR-Jugend wahrscheinlich die politisch bestinformierte Jugend der Welt ist. Ihr stehen zwei hochentwickelte Informationssysteme in der gleichen Sprache, mit gleichem historischem und nationalkulturellem Hintergrund zur Verfügung. Beide Länder, die DDR und die BRD, repräsentieren

für ihre jeweiligen politischen Systeme die jeweils fortgeschrittenen Entwicklungsformen auch in ihrer inneren Widersprüchlichkeit. Hinzukommen die intensiven informellen Kontakte zwischen beiden Ländern. Daher ist auch verständlich, daß die Ansprüche der DDR-Jugendlichen besonders hoch sind.

Verglichen mit anderen Sozialisationsinstanzen ist der Einfluß der Massenmedien auf die ps auch durch solche Prozesse gekennzeichnet wie:

- ihre Internationalisierung, die zugleich auch durch eine starke Kommerzialisierung (der auch die sozialistischen Länder nicht ausweichen können) und Amerikanisierung gekennzeichnet ist;
- ihre Visualisierung bzw. Ver(sinn)bildlichung und zeichenhaften Vermittlungsweise;
- ihre Konzentration auf "Life"-Abbilder, d. h. der Transport politisch-ideologischer Werte, Normen, Ideale über die künstlerische Konstruktion/Rekonstruktion "neuer Wirklichkeiten" z. B. Lebensumfelder, Lebensstil, sozialer Quasi-Erfahrungen, in denen ständige Übergänge zwischen Vergangenem-Gegenwärtigen-Zukünftigen, Alltäglichen und Besonderem, Phantastischem und Realem stattfinden;
- der Transport von Politik und Ideologie in die Unterhaltungswirkung integriert ist und über diese auch zu einer "Entideologisierung" bzw. gesellschaftlichen Konfliktverdrängung bzw. Kompensation führen kann;
- die Einordnung der medienkulturellen Verhaltensweisen der Jugendlichen in den Alltag der Persönlichkeit. Ihr flexibler, häufiger Umgang und hohe Verfügbarkeit führen zur Habitualisierung und Verselbständigung im Verhalten der Persönlichkeit nach Inhalten, Formen und Zwecken. Frühzeitige familiäre Gewohnheitsausprägungen im Medienkonsum hat damit entscheidenden Anteil an der ps des Kindes/Jugendlichen (vgl. SPIHLER 1988).

Bei der Beurteilung der Wirkung der Massenmedien auf die ps der jugendlichen Persönlichkeit ist darüber hinaus zu beachten:

- ob die Medien überhaupt von den Jugendlichen akzeptiert werden;
- mit welchen Zwecken, Bedürfnissen vom Jugendlichen welche Medieninhalte rezipiert werden;
- welche "Vor- oder Nachbearbeitung" bestimmter Medieninhalte in der interpersonellen Kommunikation der Jugendlichen erfolgt;
- in welcher sozialen Situation und Bedürfnislage sich der Jugendliche befindet.

Diese Voraussetzungen beachtet, kann heute sicherlich davon ausgegangen werden, daß die Massenmedien einen hohen Stellenwert in der PS einnehmen, ihre Wirkung jedoch auch nicht hypertrophiert und losgelöst von den anderen Sozialisationsinstanzen bzw. den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen überhaupt gesehen werden darf.

#### c) Schule/Bildungswesen

Das Bildungswesen und darin die allgemeinbildende polytechnische Oberschule (Kurz: Schule) heben sich von den Sozialisationsinstanzen Familie und Massenmedien insofern ab, als hier explizite durch die Gesellschaft eine "Sozialisationsfunktion" als primäre Aufgabe vorgeschrieben ist. Diese "Sozialisationsfunktion" besteht vor allem in:

- der Vermittlung einer breiten, polytechnischen Allgemeinbildung einschließlich der gesellschaftswissenschaftlichen Allgemeinbildung;
- der Befähigung zur selbständigen Analyse und Bewertung gesellschaftlicher Prozesse;
- der Erziehung zum bewußten politischen Denken und Verhalten entsprechend den Normen und Idealen des Sozialismus.

Wir wollen diese Funktionsbestimmung der Schule im Rahmen der politischen Sozialisation nicht weiter ausführen, da sie in schulpolitischen Schriften bzw. Reden nachlesbar ist. Vielmehr geht es uns darum Problemfelder zu markieren, um die reale Wirksamkeit der Schule als Sozialisationsinstanz unter den Bedingungen der DDR der 80er Jahre zu hinterfragen und zur Analyse zu stellen.

(1) Es kann nicht schlechthin von "der Schule" gesprochen werden. Die Schule ist ein soziales System, eingebettet in das gesellschaftliche Subsystem Bildungswesen und damit immer auch in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung historisch-konkret einzuordnen. In ihrer konkreten Gestalt als BOS, POS usw. bildet sie eine spezifische soziale Organisationsform relativ verselbständigter Teilfunktionen der gesellschaftlichen Praxis und ist deshalb auch in ihrer notwendigen Einseitigkeit auf diese Teilfunktionen und Abgrenztheit gegenüber anderen gesellschaftlichen Teilbereichen zu sehen. Auch wenn die Schule einen Anspruch auf den "ganzen Menschen", auf universelle Gültigkeit ihrer Bildungs- und Erziehungsfunktion erhebt, so ist es doch Realität, daß das Kind/der Jugendliche die Gesellschaft

auch (und vielleicht viel stärker) außerhalb der Schule erlebt, sie mitgestaltet, von ihr gestaltet wird.

Wir müssen also die Schule stets in ihrem gesellschaftlichen Umfeld und ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit betrachten. Schule als Sozialisationsinstanz kann nie weiter sein als die konkrete gesellschaftliche Entwicklung. Genau darin liegt ihr innerer Widerspruch: Sie ist immer ein Spiegelbild der gegenwärtigen bzw. vergangenen gesellschaftlichen Entwicklung - sie soll die Kinder/Jugendlichen aber für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft erziehen/berähigen. Die konstruktive Lösung dieses Widerspruche durch die Schule hängt deshalb ganz entscheidend davon ab, wie die Gesellschaft bzw. ihre herrschenden sozialen Kräfte selbst zum Fortschritt stehen, ob sie über den gegenwärtigen Statur quo hinausgehende gesellschaftliche Veränderungen fördert oder den Status quo konservieren möchte.

(2) In der Beziehung Gesellschaft-Schule erfolgt eine vielfältige „Außendetermination“ der potentiellen „Sozialisationswirkung“ durch andere gesellschaftliche Teilbereiche und durch den gesellschaftlichen Überbau (z. B. Ministerien, gesellschaftliche Organisationen und Parteien) z. B. durch die Setzung und Reproduktion materiell-technischer Bedingungen, der personalen Struktur und Reproduktion (Lehrerbildung) und der Bildungskonzeptionen.

Die Analyse der pS in und durch die Schule kann deshalb nicht unabhängig von dieser „Außendetermination“ erfolgen, sondern muß sie als Bedingungsvariable berücksichtigen. So können wir davon ausgehen, daß in der DDR wahrscheinlich sehr gute materiell technische Voraussetzungen im Bildungswesen bestehen.

Im Bereich der personalen Struktur müssen wir bereits berücksichtigen, daß die einfache Reproduktion des Lehrpersonals durch verschiedene Umstände schon nicht mehr vollständig gesichert erscheint. Zudem müssen wir davon ausgehen, daß ein Großteil der heutigen Lehrer schon nach dem Ende des II. Weltkrieges geboren, in den 60er und 70er Jahren aufgewachsen ist und studiert hat. Damit können wir auch etwaige Rückschlüsse auf die potentiellen politisch-ideologischen Bewußtseinsstrukturen dieser Lehrergenerationen ziehen. So ist es ganz sicherlich nur noch für den kleinen Teil der alten Lehrer (über 50 Jahre) möglich, Krieg und Faschismus aus dem eigenem Erleben an die Schüler weiterzugeben. Dagegen gibt es eine Vielzahl junger Lehrer, die in den politisch „ruhigen“ 70er Jahren aufgewachsen sind, studiert haben und für die auch soziale Sicherheit,

materieller Wohlstand u. a. schon Lebensalltag sind.  
 Viele politische Prozesse unserer DDR-Entwicklung wie den 17. Juni 1953 oder den 13. August 1954 kennen sie aus den Hörensagen oder aus dem Geschichtsunterricht.

(3) Schule ist vor allem auch ein soziales System mit einer inneren Organisationsstruktur, ausgeprägten sozialen Hierarchien (Leitung-Lehrer, Lehrer-Schüler, innerhalb der Schüler) und einem spezifischem sozialem Klima. Die Persönlichkeit des Lehrers, sein Lehr- und Erziehungsstil und auch die Klassenstrukturen bilden für die Kinder/Jugendlichen ganz spezifische soziale Erfahrungsräume. Da das Lernen/der Schulbesuch (was nicht identisch ist) die Haupttätigkeit des Schülers ist, erlebt er in der Schule stellvertretend auch die Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit, Leistungsanerkennung, Akzeptanz der eigenen Persönlichkeit, Intensität und Offenheit der Kommunikation zwischen Lehrem und Schülern und der Schüler untereinander, auch Abhängigkeitserleben der Schüler vom Lehrer u. a. gehören wahrscheinlich zu den dominanten sozialen Erfahrungsfeldern der Kinder/Jugendlichen mit und in der Schule. Das konkrete Erleben dieser sozialen Erfahrungsfelder hat nach Aussage von BRD-Forschern wahrscheinlich einen höheren Einfluß auf die ps der jugendlichen Persönlichkeit als die vermittelten, intendierten Bildungs- und Erziehungsintentionen. Diese Funktion der Schule als soziales System wird deshalb auch als "heimlicher Lehrplan" (~~heimlicher Lehrplan~~) beschrieben (vgl. CLAUSSEN/WASMUND 1982/73). Die Wirkung des sozialen Mikroklimas der Schule bildet zugleich einen markanten Beleg für die Unterscheidung von manifester und latenter Sozialisation.

Mit dieser Wirkung der sozialen Erfahrung von Gesellschaft in und durch die Schule hängt u. B. auch die Annahme bzw. Akzeptanz der zu vermittelnden Bildungs- und Erziehungsinhalte durch die Schüler ab. Wenn die Schüler nicht spüren, daß sie als Persönlichkeit akzeptiert werden, ihnen soziale Gerechtigkeit widerfährt und die Lehrer Ansprechpartner für ihre Fragen sein können, daß Wort und Tat der Lehrer übereinstimmen usw, dann ist die Akzeptanz der Schule überhaupt und damit auch der Bildungs- und Erziehungsinhalte durch die Schüler geringer.

(4) Auch in unserer Bildung herrscht u. E. noch sehr stark das Modell vor, mit der Vermittlung von Wissen/Kenntnissen automatisch auch die Befähigung ihrer praktischen Anwendung zu erreichen. Insbesondere im Staatsbürgerkunde- und Geschichtsunterricht dominiert die Darstellung verallgemeinerter Erkenntnisse der Gesellschaftswissenschaften.

Ein Grundniveau an Kenntnissen ist sicherlich wichtig, reicht jedoch für aktives, bewußtes gesellschaftliches Handeln nicht aus. Vielmehr muß die Vermittlung des ML mit hoher Sicherheit fragmentarisch bleiben. Deshalb sehen wir die Notwendigkeit, in den Mittelpunkt der gesellschaftswissenschaftlichen Allgemeinbildung die Erziehung/Befähigung zum historisch-dialektisch-materialistischem Denken zu stellen. Das erfordert jedoch eine Abkehr von den traditionellen Formen und Inhalten des Geschichts- und Stabi-Unterrichts. Im Mittelpunkt eines solchen Unterrichts müßten stehen:

- . die problemorientierte Darstellung der gesellschaftlichen Prozesse in ihrer ganzen inneren und äußeren Widersprüchlichkeit,
- . die historische Analyse gesellschaftlicher Prozesse, ihrer treibenden sozialen Kräfte (auch der Persönlichkeiten) und möglichen Entwicklungsalternativen,
- . die materielle und ideengeschichtliche Bedingtheit von gesellschaftlichen Prozessen,
- . die möglichen Konsequenzen, alternativen Lösungsansätzen, Entwicklungsmöglichkeiten von aktuellen gesellschaftlichen Problemen,
- . das aktive Mitgestalten der Schüler im Entwickeln von möglichen Lösungsansätzen oder im historisch-authentischen Nachvollzug von gesellschaftlichen Entwicklungsproblemen durch die offene, vorurteilsfreie und folgendlose Diskussion aller Standpunkte und Meinungen (auch gegensätzlichen).

Dabei muß um die wichtigen Standpunkte, Erkenntnisse der Schüler gerungen werden, nicht Irrtümer oder falsche Positionen ideologisiert werden. Der Schüler selber muß der Suchende und Findende sein, der Lehrer nur der Helfende. Unter diesem Aspekt bildet eine Auswahl klassischer oder exemplarischer, praxisrelevanter Fälle (statt des Anspruchs auf Vollständigkeit) die Möglichkeit der Verallgemeinerung auf der Basis einer entwickelten Fähigkeit zum historisch-

materialistisch-dialektischen Denken. Damit wird die Schule nicht nur schlechthin Vermittler von Wissen über Gesellschaft, sondern wird Mittel zur Befähigung der Schüler zur aktiven gesellschaftlichen Mitwirkung.

(5) Letztlich darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Schüler aus einem bestimmten sozialen Umfeld, Elternhaus und mit vorhandenen, vorgeprägten Erwartungen, Einstellungen über Bildung, Lernen, Schule, Lehrer usw. zur Schule kommen und die erlebte soziale Realität der Schule an diesen Erwartungen und Einstellungen messen.

#### d) Jugendverband

Die zentralen Aufgaben eines Jugendverbandes aus der Sicht der politischen Sozialisation sind:

- die sozialen Interessen der Jugendlichen in der sozialistischen Gesellschaft vertreten (z. B. auch gegenüber staatlichen Leitungen),
- ein Tätigkeits- und Erfahrungsfeld für aktive Beteiligung an gesellschaftlichen Planungs-, Leitungs- und Entscheidungsprozessen zu sein,
- die politische Weiterbildung der Jugendlichen zu verfolgen.

Dazu ist es notwendig, daß der Jugendverband ...

- in seinen Zielen und Strukturen von den Jugendlichen als ihr Verband akzeptiert wird, d. h. in wesentlichen Bereichen auch mit ihren Zielen und Erwartungen übereinstimmt,
- Formen des sozialen Zusammenwirkens der Jugendlichen besitzt/entwickelt, die den Bedürfnissen nach Kommunikation, Geborgenheit und gemeinschaftlicher Aktion der Jugendlichen entsprechen,
- Mittel und Formen der Artikulation und Durchsetzung der sozialen Interessen der Jugend als Ganzes, sozialer Gruppen innerhalb der Jugend und auch einzelner Jugendlichen besitzt, sowohl nach außen (gegenüber gesellschaftlichen Bereichen wie Schule, oder staatlichen Einrichtungen u. a.) als auch nach innen (gegenüber den Leitungsstrukturen des Jugendverbandes oder anderen Mitgliedern bzw. Gruppen). Diese Formen und Mittel müssen dem realen Streben nach gesellschaftlicher Akzeptanz und Partizipation zum Ende der 80er und Beginn der 90er Jahre entsprechen.

- eine breite Meinungsdiskussion und -bildung zu denjenigen historischen oder aktuellen gesellschaftlichen Prozessen stimulieren, die die Jugendlichen aus ihrer objektiven Lebenslage oder/und subjektiven Lebensstimmung heraus interessieren; sie anregen sich mit gesellschaftlichen Problemen aktiv auseinanderzusetzen und Raum bieten für die Artikulation und freie, offene Diskussion politischer Meinungen und Standpunkte.

Aus der gegenwärtigen Sicht heraus sehen wir für die Wirksamkeit des Jugendverbandes folgende Probleme, die es auch in unseren Forschungen weiter bzw. vertiefend zu analysieren gilt:

- Ein Großteil der Jugendlichen erlebt in ihrem Alltag zu wenig die FDJ als ihren Interessenvertreter. Wir finden hier eine Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Stellung der FDJ als Ganzes und ihrem Wirken im Alltag der Jugendlichen in der Schule, Ausbildung, im Betrieb oder im Studium. Im Alltag der Jugendlichen besitzen die FDJ-GO und ihre Leitung zwar auch vielerlei Rechte und Möglichkeiten, diese werden jedoch durch die bestehenden Leitungsstrukturen oder sozialen Hierarchien z. B. an der Schule überlagert.

Dadurch erleben viele Jugendlichen die FDJ "nur als" verlängerten Arm" der staatlichen Leitungen, der politischen Organisation oder der Lehrer/Ausbilder.

- In der FDJ, ihren GO's und Leitungsstrukturen sind noch zu wenig reale (nicht formale) Mechanismen ausgeprägt, die zur Artikulation und Durchsetzung spezifischer Interessen einzelner sozialer Gruppen oder auch einzelner Jugendlicher und damit auch Entwicklung sozialer Lernaktivität herausfordern und stimulieren. Das Niveau der politischen Kultur ist durch die innerverbandlichen Leitungsmechanismen überlagert.

- Auch in der FDJ dominiert ein Konzept der politischen Bildung, das die Vermittlung verallgemeinerter Erkenntnisse des ML in den Mittelpunkt stellt, Dadurch kommt es zu einer vordergründigen politischen Belehrung der Jugendlichen statt zu einem offenen Meinungstreit zu den politischen Problemen, die die Jugendlichen wirklich bewegen. Die organisatorische Verselbständigung des FDJ-Studienjahres verstärkt diese Erfahrung der Jugendlichen aber noch.

- In der FDJ erleben die Jugendlichen zu wenig, daß ihre spezifischen Interessen, Bedürfnisse berücksichtigt werden. So notwendig und gesellschaftlich bedeutsam die ökonomischen

Initiativen der FDJ sind, so wenig treffen sie die unmittelbaren Bedürfnisse und Erwartungen des einzelnen Jugendlichen. Dort wo die FDJ die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen noch am ehesten trifft z. B. bei Reisen mit "Jugendtourist" oder Disko im Jugendklub erscheint die FDJ als ein "Dienstleistungsbetrieb" gegenüber den Jugendlichen. Es stellt hier also das Problem, die zunehmenden Ansprüche der Jugendlichen auf Individualität und Autonomie der Persönlichkeit mit dem Charakter der FDJ als politischer Massenorganisation zu verbinden.

Für unsere Forschungen steht deshalb das Problem, wie in der künftigen Tätigkeit des Jugendverbandes erreicht werden kann, daß er vom einzelnen Jugendlichen im Alltag wirklich in den eingangs genannten Funktionen erlebt werden kann. Hier liegt u. E. der Schlüssel zur Aufdeckung des Mißverhältnisses zwischen dem hohen Organisationsniveau der DDR-Jugendlichen in der FDJ und ihrer verringerten Identifikation mit und Engagementsbereitschaft im Jugendverband.

#### e) Freundesgruppe/informelle Gruppe (peer group)

Nach unseren Untersuchungen bildet die Freundesgruppe neben den Eltern die wichtigste soziale Bezugsgröße für die Jugendlichen auch bei politischen Diskussionen.

Worin sehen wir die besondere Bedeutung der Freundesgruppe im Prozeß der politischen Sozialisation?

Hierzu einige Überlegungen:

(1) Für das Jugendalter als einem Prozeß der Ablösung von der Familie und Finden einer selbstbestimmten, autonomen Position in der Gesellschaft ist es gewissem Sinne normal, daß der Jugendliche sich den gleichaltrigen Freunden zuwendet. Diese haben die gleichen Probleme, sind in einer ähnlichen Lebenslage und befinden sich in ähnlichen Suchprozessen nach neuen gesellschaftlichen Handlungsfeldern und -orientierungen.

Damit besteht für den einzelnen Jugendlichen im Freundeskreis die Chance, in der Suche nach Konfliktbewältigungsstrategien, Handlungsfeldern u. a. gleiche Erfahrungen wie die anderen Mitglieder der Gruppe zu machen oder aus ihren Erfahrungen zu lernen. Somit ermöglicht die Freundesgruppe einen relativ selbständigen Selbstfindungs- und Selbstbestimmungsprozeß für den Jugendlichen. Darüber hinaus bietet die Freundesgruppe

durch die relative Gleichartigkeit der Wert- und Normenvorstellungen auch eine Solidargemeinschaft, in der sich der einzelne Jugendliche relativ risikofrei ausprobieren kann, Unterstützung und Bestätigung findet oder auch Schutz bei Mißerfolgserlebnissen.

Speziell für die politische Sozialisation erscheint uns wichtig, daß gerade in der Freundesgruppe der einzelne Jugendliche über politische Probleme vorurteilsfrei und folgenlos diskutieren kann, soziale Hierarchien selber gestalten, ausprobieren und verändern kann und sich selber als autonomes Subjekt erlebt. Damit bildet die Freundesgruppe für den Jugendlichen den Modellfall für gesamtgesellschaftliche Partizipation und politischen Meinungsstreit. In dieser Funktion bildet sie das Zwischenglied, die Zwischenstufe zwischen der (partikularistisch orientierten) Familie, der (hierarchisch orientierten) Schule und der (universalistisch orientierten) Gesellschaft.

(2) Wenn wir heute eine verstärkte Orientierung Jugendlicher auf den Freundeskreis, die informelle Gruppe finden, dann hängt dies sicherlich auch mit einem Akzeptanz- und Orientierungsverlust anderer Sozialisationsinstanzen für die Konfliktbewältigung der Jugendlichen zusammen. So ist u. B. zwar nicht die soziale Beziehung zu den Eltern generell gestört, jedoch die Weitergabe tradierter Werte und Erfahrungen der Eltern an die Jugendlichen. Das ist einerseits bedingt durch die Schnelllebigkeit unserer Zeit, die die Gültigkeit tradierter Werte und Erfahrungen der Eltern real einschränkt und andererseits dadurch bedingt, daß die Eltern selber verunsichert sind, sich in Suchprozessen nach sozialer Selbstbestimmung, Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und verlässlichen sozialen Werten, Idealen befinden.

Der Jugendverband, der eigentlich die Funktion der Freundesgruppe am ehesten erfüllen könnte, wird jedoch von den Jugendlichen zu wenig als Solidargemeinschaft und Interessensvertreter erlebt.

Die Schule, die zur Befähigung der Jugendlichen erziehen soll, sich als aktives, bereitgestaltendes und bewußtes Gesellschaftssubjekt zu verhalten, bleibt zu oft bei der Vermittlung verallgemeinerten, abstrakten und partikularen Wissen stehen, statt echtes, lebensbezogenes Handlungswissen zu vermitteln, Konflikt-

bewältigungsstrategien mit den Jugendlichen zu üben, gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu stimulieren und zu entwickeln. Darüber hinaus leiden Schule wie Medien an Mißverhältnis zwischen einem idealisierten Gesellschaftsmodell und alltäglicher gesellschaftlicher Wirklichkeit, so daß sich die Jugendlichen zu wenig mit ihren realen politischen u. a. Problemen im Unterricht oder in den Medien wiederfinden.

Die sozialisierende Wirkung bzw. Potenz des Freundeskreises ist also vorrangig das Produkt spezifischer jugendlicher Erwartungs- und Bedürfnisstrukturen aus ihrer sozialen Lage und dem Niveau der politischen Kultur in der Familie, dem Jugendverband, den Medien und der Schule - kurz ihres erlebten mikro- und mesosozialen Bedingungsfeldes.

Zusammenfassend zur Rolle der hiergenannten (jedoch nicht vollständigen) Sozialisationsinstanzen sei nochmals hervorgehoben:

(1) Ihr Wirken ist nicht als eine direkte Beeinflussung der Persönlichkeit des Jugendlichen zu verstehen, sondern als das aus ihrer Sicht gewollte oder ungewollte Gestalten von Möglichkeitsfeldern der Gewinnung sozialer Erfahrungen, Aneignung gesellschaftlicher Werte, Normen, Ideale, Entwicklung sozialer Interessen und Bedürfnisse, Aneignung gesellschaftlichen Handlungswissens und Konfliktbewältigungsstrategien usw. in der Tätigkeit des Jugendlichen.

Da diese Sozialisationsinstanzen an einer Weitergabe ihrer spezifischen sozialen Werte, Normen usw. an die Jugendlichen interessiert sind und deshalb auch bewußt auf das Verhalten der Jugendlichen Einfluß ausüben, gerät der Jugendliche jeweils in bestimmte Konfliktsituationen zwischen den <sup>Durchhalten</sup> Institutionen der Sozialisationsinstanzen (wobei er hier als Objekt der Sozialisation erscheint) und den eigenen Interessen und Bedürfnissen nach gesellschaftlicher Partizipation und Identifikation (wobei er sich hier in einer realen Subjektposition befindet).

Der Prozeß der Entwicklung der politischen Kompetenz und des politisch-ideologischen Selbstbewußtseins ist deshalb auch ein Prozeß dieses Konfliktes zwischen sozialer Objekt- und Subjektposition.

(2) Es sollte nicht Anliegen dieser Thesen sein, die Wirkungsmechanismen der politischen Sozialisation in und durch die genannten Sozialisationsinstanzen zu beschreiben. Hierzu liegt teilweise schon eine umfangreiche Literatur vor. Vielmehr ging es uns darum, Problemfelder und Denkansätze zu markieren, die für unsere weitere Forschung von Bedeutung sein könnten. Wir konzentrieren uns dabei stets auf die Persönlichkeit des Jugendlichen als Subjekt seiner politischen Sozialisation. In der Analyse der Wirkung der Sozialisationsinstanzen sollten deshalb stets auch solche Kriterien der Subjektposition des Jugendlichen im Mittelpunkt stehen, wie:

- Grad des Bewusstseins, mit dem das Kind/der Jugendliche politisch-ideologisch relevante Sachverhalte wahrnimmt, auswählt und aufnimmt bzw. verarbeitet;
- Grad der Aktivität, mit dem das Kind/der Jugendliche auf die Aktivitäten der Sozialisationsinstanzen reagiert, sie bewusst wahrnimmt und in Beziehung zu ihnen sein Verhalten steuert;
- Niveau der politischen Kompetenz und des politisch-ideologischen Selbstbewusstseins als Produkt der aktiven Auseinandersetzung mit den Sozialisationsinstanzen (vgl. BEHRMANN 1983/70).

(3) Die Sozialisationsinstanzen sind zugleich die sozialen Felder, in denen und durch die das Kind/der Jugendliche die Gesellschaft erlebt. Gesellschaft kann von dem Individuum nie unvermittelt, direkt erlebt werden, sondern stets durch ihre realen Reproduktionsprozesse. Daher ist gerade für die Analyse der politischen Sozialisation zu beachten, daß diese Sozialisationsinstanzen für den Jugendlichen gesellschaftliche Modellfelder bilden bzw. aus ihrem spezifischen Vertretungsanspruch (u. a. der Schule und Medien) als gesellschaftliche Repräsentanten beurteilt werden. Damit sind nicht nur die politischen Inhalte der Tätigkeit dieser Sozialisationsinstanzen für die ps der Jugendlichen relevant, sondern auch alle scheinbar unpolitischen Inhalte und die Formen ihrer Gestaltung.

## 9. Problemfelder der politischen Sozialisation der 80er und 90er Jahre

---

Nachfolgend sollen einige Problemfelder markiert werden, die sich aus den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen der 80er Jahre für die politisch-ideologische Entwicklung der

DDR-Jugend ableiten lassen und mögliche Konsequenzen für die politische Sozialisation der Jugend der 90er Jahre erahnen lassen. Diese Problemfelder leiten sich aus den bisherigen Forschungen zur ideologischen Entwicklung der Jugend ab und markieren damit zugleich auch die künftigen Forschungsprobleme. Zugleich wird auch hier kein Anspruch auf Vollständigkeit angestrebt, sondern eher eine Diskussion um diese Problemfelder provoziert.

(1) Auch heute noch bewegt <sup>man</sup> die Frage, ob sich die Jugend der DDR in einer weltanschaulich-ideologischen Orientierungs- und Wertekrise befindet. Eine tendenziell verringerte Akzeptanz und Orientierungsrelevanz des Marxismus-Leninismus als Weltanschauung und politisches Konzept für den Aufbau der kommunistisch-sozialistischen Gesellschaft, verringerte Identifikationen der Jugendlichen mit Aspekten der politischen Machtausübung und geringere persönliche Engagementbereitschaft für die Gesellschaft u. a. lassen zumindest auf vorhandene Weltanschauungs- und Ideologiedefizite bei der Jugend schließen. Inwieweit es gerechtfertigt ist, von einer krisenhaften Zuspitzung dieser Defizite zu sprechen, soll an folgenden Aussagen überprüft werden:

(a) in den 70er und besonders in den 80er Jahren vollzogen sich teilweise sehr bedeutsame internationale und nationale gesellschaftliche Veränderungen. Stichworte hierzu seien:

existenzielle Zuspitzung globaler Probleme vor allen der Krieg-Frieden-Frage und des Umweltproblems, ökonomische und politische Wandlungen in kapitalistischen und sozialistischen Ländern z. B. Konservatismus in Westeuropa, Krise in Polen, Perestrojka in der UdSSR, neue Qualität des WTF mit qualitativ erweiterten Möglichkeiten der Stabilisierung des Imperialismus, erweiterten und neuen sozialen Fernwirkungen und einer ökonomisch-wissenschaftlich-technischen Herausforderung des Sozialismus. Diese Aufzählung könnte erweitert werden. Deutlich wird jedoch, daß diese Prozesse zu einem objektiv neuen Befinden (Lebenslage) der Jugend und ihrer Stellung in der Gesellschaft führte. Die Jugend war ganz besondere betroffen durch diese globalen Probleme insbesondere der zugespitzten Kriegsgefahr zu Beginn der 80er Jahre und der sich permanent verschlechterten Umweltsituation, für sie bildete die Frage nach einem zuverlässigen Ideal, "Modell" des Sozialismus eine zentrale Frage ihrer Zukunftsgestaltung

und die neue Qualität des WTF forderte gerade auch die Jugend zu mehr Innovation und Kreativität sowie Leistungsbereitschaft heraus.

Zugleich führten diese, o. g. gesellschaftliche Prozesse auch zu einer neuen subjektiven Befindlichkeit der Jugend in Gestalt:

- neuer weltanschaulicher Fragen zu diesen Prozessen,
- der Suche nach neuen Wertorientierungen, die diesen Prozessen entsprechen,
- neuen Ansprüchen nach Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Mitbestimmung, Individualität und Autonomie der Persönlichkeit, Sinnhaftigkeit von Arbeit und Freizeit.

(b) U. B. ist es in dieser Zeit zu wenig gelungen zum einen den Marxismus-Leninismus produktiv weiterzuentwickeln, um die Fragen nach dem Sinn des Lebens, dem Mensch-Technik- und Mensch-Natur-Verhältnis, der Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte und Gegenwart, der Geschichte und Perspektive der sozialistischen Gesellschaft zu beantworten.

Hinzu kommt, daß auch in der Vermittlung des ML an die Jugend entgegen seinem Wesen eine fragmentarische, unhistorische, lebensferne und häufig auch dialektische Art und Weise zu beobachten war, die auch den gestiegenen Ansprüchen der Jugendlichen nach problemorientierter, historisch konkreter und lebensnaher Weltanschauung nicht gerecht wurde.

(c) In den 80er Jahren beobachten wir eine zunehmende Distanziertheit der Jugendlichen zu den gesellschaftlichen Sozialisationsinstanzen wie Medien, Schule und Jugendverband, die mehr oder weniger auch aus dem unter (b) Genannten resultiert. Damit ist aber auch die potentielle Weitergabe sozialistischer Werte, Ideale und der Erkenntnisse des ML gestört bzw. gehemmt. Andererseits finden wir auch heute einen hohen Einfluß des Elternhauses und der Freundesgruppe/informellen Gruppe auf die politisch-ideologische Entwicklung des Jugendlichen. Unsere Analysen zeigen jedoch, daß auch die Eltern der heutigen Jugendlichen im Unterschied zu früheren Elterngenerationen politisch verunsichert sind und damit auch die Weitergabe tradiertter Werte durch das Elternhaus unterbrochen ist bzw. diese Werte von den Jugendlichen aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen nicht mehr annehmen.

(d) Da gerade in gesellschaftlich bewegten Zeiten objektiv und subjektiv eine hohe Sensibilität für weltanschauliche und politisch-ideologische Orientierungen durch die Jugend besteht, wenden sich viele Jugendliche heute verstärkt bürgerlichen Ideologien oder scheinbaren Nischen der sozialistischen Gesellschaft wie der Kirche oder informellen Gruppen zu. Die Ursachen dafür sehen wir einerseits in der mangelnden Orientierungselevanz des ML und der sozialistischen Werte, Ideale. Andererseits konnte der Imperialismus gerade durch die neue Qualität des WFF innere Krisenprozesse dämpfen und ein hohes Maß an wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Innovativität erreichen. Diese hohe Innovativität des Imperialismus erleben die Jugendlichen über Rundfunk und Fernsehen, über Westbesuche und Internetausgänge tagtäglich auf den genannten Gebieten und auch auf dem Gebiet der Jugendkultur, Unterhaltung und Freizeit. Damit stellt der Imperialismus nicht nur eine theoretisch sterbende Gesellschaftsordnung dar, sondern z. Z. auch eine in vielen Bereichen blühende und dem Sozialismus überlegende Gesellschaftsordnung. Hinzu kommt, daß die Jugendlichen in Gestalt der BRD auch den höchstentwickeltesten Imperialismus erleben, der es durch vielfältige Surplusprofite gestattet, auch dem Arbeiter einen relativ hohen Lebensstandard zu ermöglichen, selbst wenn dieser arbeitslos ist.

Diese genannten Aspekte lassen es wohl berechtigt erscheinen, z. Z. von einer weltanschaulich-ideologischen Orientierungs- und auch Wertekrise der Jugend zu sprechen.

(2) Im Zusammenhang mit (1), jedoch als abgrenzbares Phänomen sehen wir eine Tendenz zur politischen Polarisierung der Jugend. Damit ist nicht gemeint, daß sich die Jugend in ihrer politischen Ausrichtung polarisiert, sondern sich innerhalb der Jugend eine deutliche Trennung zwischen einem politisch interessierten und sensiblen Teil und einem politisch apathischen und desinteressierten Teil herausgebildet hat. Dabei <sup>rekrutiert</sup> ~~rekrutiert~~ sich der politisch interessierte Teil vorrangig aus Jugendlichen mit höherem Bildungsniveau z. B. Abiturienten, Hoch- und Fachschüler und gebildete Arbeiter/Angestellte. Ihre höhere politische Interessiertheit ist meist gekoppelt mit einem höherem gesellschaftlichem Engagement und bei prinzipieller Identifikation mit den Zielen und Werten des Sozialismus, kritischer Sicht auf die Art und Weise der politischen Machtausübung in der DDR.

Der Teil der Jugend mit politischem Desinteresse <sup>relativiert</sup> ~~relativiert~~ sich häufiger aus dem Kreis der Arbeiter/Angestellten und Lehrlingen und ist gekennzeichnet durch ein deutlich geringeres gesellschaftliches Engagement und geringere Identifikation mit den Zielen und Werten des Sozialismus. Da sich das politische und "unpolitische" Verhalten der Jugendlichen auch den Wertorientierungen und der Leistungsmotivation niederschlägt, sehen wir in dieser Entwicklung ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem.

Da zwischen der politischen Orientierung/Bemühtheit der Jugendlichen und dem Bildungs- bzw. Qualifikationsniveau der Eltern enge Zusammenhänge bestehen, besteht die Gefahr der langfristigen Reproduktion einer "unpolitischen" Arbeiterjugend.

(3) Bei der Bestimmung der Zielgrößen der praktischen politisch-ideologischen Erziehung der Jugend besteht u. E. eine Diskrepanz zwischen Ideal und Realität, zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit, zwischen theoretischer Abstraktion und praktischem Verhalten.

(a) Noch zu oft lassen wir uns von (sicherlich gut gemeinten) "aufklärerischen Positionen" leiten, mit einer Überbetonung des politischen Wissens gegenüber der Befähigung zum politischen Denken, einer Konzentration auf das kognitiv-theoretische gegenüber dem Praktischen, der Orientierung auf die "Belehrung" statt auf die selbständige Problembewältigung durch die Jugendlichen. Nicht selten erfolgt dabei auch eine Reduktion des ML in der Einheit seiner 3 Quellen und Bestandteile auf fragmentarische Lehrbuchformeln. Die Rolle der eigenen tätigen Aneignung von Gesellschaft und der dabei gewonnenen sozialen Erfahrungen wird dagegen weitestgehend vernachlässigt. Unsere Analysen belegen jedoch gerade die zentrale Bedeutung der sozialen Erfahrungen der Jugendlichen, ihrer praktisch-tätigen (einschließlich des politischen Meinungsstreits) Auseinandersetzung mit politischen Problemen. Unter diesem Aspekt sollte auch die Leninsche These vom "Hineintragen sozialistischen Bewußtseins in die Arbeiterklasse" neu durchdacht werden.

(b) Hierzu gehört auch, daß wir endlich unterscheiden zwischen der prinzipiellen positiven Aufhebung aller sozialen Interessen nichtproletarischer Klassen und sozialer Schichten im Klasseninteresse der Arbeiterklasse und der Realexistenz sehr

unterschiedlicher sozialer Interessen und Bedürfnisse zwischen den Klassen und einzelnen sozialen Schichten bzw. Gruppen im Sozialismus, die auch in ihren ideologischen Reflexionen sehr unterschiedlich, ihren Niederschlag finden können. Das bedeutet jedoch Anerkennung eines breiten Spektrums ideologischer Positionen im Sozialismus und der Notwendigkeit einer solchen politischen Kultur zum Austausch, Meinungstreit dieser ideologischen Positionen (einer Kultur des politischen Streits im Sozialismus), die nicht auf der "parlamentarischen" Ebene beschränkt sein darf.

Eine Gleichsetzung von "Ideologie im Sozialismus" und "sozialistischer Ideologie" verdeckt u. B. die realen Entwicklungsprobleme unserer Gesellschaft.

(c) Noch wie vor scheint die Auffassung zu dominieren, daß der ML als theoretisches System von der Mehrheit der Jugendlichen über die Bildungsformen Geschichts- und Stabi-Unterricht in der Schule und Berufsschule, Philosophie-AG, ML-G, Politische Schule der NVA, FDJ-Studienjahr und Parteilehrjahr angeeignet werden kann. Wir halten das für eine überzogene Idealisierung, die nur dazu führt, daß im Bewußtsein der Jugendlichen die (von ihnen vermeintlich erlernte) Theorie des ML und (von ihnen erlebte) Erklärungsrelevanz dieser Theorie für gesellschaftliche Prozesse auseinanderfallen.

Wahrscheinlich ist es angemessener davon auszugehen, daß nur eine kleine Minderheit der Jugendlichen, die sich sehr intensiv z. B. über ein Gewi-Studium mit dem ML als sehr komplexe Theorie mit langer ideengeschichtlicher Tradition befaßt, auch fähig ist, sich diesen als wissenschaftliche Theorie annähernd vollständig (?) anzueignen. Die Mehrzahl der Jugendlichen eignet sich im Verlaufe ihres Lebens Fragmente unterschiedlicher Weltanschauungen vom ML, über vulgär- bzw. naiv-materialistische Positionen, mehr oder weniger metaphysische oder dialektische Konzeptionen bis hin zu bürgerlich-idealistische und quasi-religiöse Positionen an. Dieses Konglomerat von Weltanschauungs- und Ideologiefragmenten bilden in Gestalt z. B. des Menschen- oder Gesellschaftsbildes die weltanschaulichen Orientierungen der meisten Jugendlichen. In unserer Zeit der Internationalisierung und kulturell kreisübergreifenden Massenmedien können selbst Ideologie- und

Weltanschauungsfragmente "ferner" Herkunft losgelöst von ihrem sozialen Ursprung (z. B. des Buddhismus) von Jugendlichen der DDR aufgenommen werden. Zugleich zeigen unsere Analysen auch, daß selbst religiöse Jugendliche in Bezug zum Geschichtsprozeß partielle Auffassungen des ML vertreten.

Die Auflösung dieses Dilemmas zwischen theoretischem Anspruch und praktischer Wirksamkeit des ML besteht jedoch nicht in einer erweiterten Wissens- bzw. Theorievermittlung. Vielmehr muß es darum gehen, das Wesen des ML als Methode der Gesellschaftsanalyse, eben das historische, dialektisch-materialistische Denken der Jugendlichen zu trainieren. Das kann bzw. sollte der praktischen Auseinandersetzung mit realen gesellschaftlichen Prozessen z. B. im Unterricht am exemplarischen historischen Falle, im FDJ-Studium zu aktuell-politischen Fragen und in der problemorientierten Darstellung von Entwicklungswidersprüchen der sozialistischen Gesellschaft über die Medien erfolgen. Das Wissen über die theoretischen Grundlagen des ML sollte dabei Mittel zum Zweck der Problembewältigung sein und nicht Selbstzweck des Unterrichts oder des FDJ-Studienjahres. Einen guten Ausgangspunkt bieten hierfür die von Lenin in den "Philosophischen Heften" dargestellten "Elemente der Dialektik" ( LW 38/212 ff.).

(4) Verschiedene Forschungen unseres Instituts stellen eine lebenszeitliche Vorverlagerung von Elementen der Persönlichkeitsentwicklung fest, wie Anstieg der IQ-Werte, Vorverlagerung von kulturellen und Freizeitinteressen, frühere politische Sensibilisierung u. ä.

Das Ganze ordnet sich u. E. ein, in eine Erweiterung der Jugendphase, die durch folgende Aspekte gekennzeichnet ist:

- zeitliche Vorverlagerung als "soziale Akzelevation" einschließlich der Überlagerung von Kindheitsphasen durch "vorjugendliche" Verhaltensweisen,
- zeitliche Verlängerung durch eine lange ökonomische und politische Unselbstständigkeit der Jugendlichen insbesondere im Zuge erweiterter Bildungsverläufe,
- einer "Juventisierung" gesellschaftlicher Werte und Normen vor allem im Bereich der Lebensweisen.

Damit stellt sich für uns vor allem die Frage nach den Konsequenzen für die politische Sozialisation der Jugendlichen. Beispielsweise könnte sich die recht kritische Haltung von Studenten zur Informationspolitik oder zum Demonstrationserleben auch aus dem Mißverhältnis zwischen hoher intellektueller Kompetenz der Studenten und geringer politischer und ökonomischer Selbständigkeit bzw. gesellschaftlicher Mitbestimmung erklären. Andererseits finden wir gerade bei Schülern ein Mißverhältnis zwischen ihrem Anspruch, bereits als vollwertiges gesellschaftliches Subjekt anerkannt zu werden, und der teilweise geringen intellektuellen Kompetenz zur Bewältigung gesellschaftlicher Prozesse. Dieses Problemfeld erscheint uns insgesamt noch zu wenig thematisiert, sollte jedoch in Zukunft in unseren Analysen stärker berücksichtigt werden.

Quellenverzeichnis:<sup>1)</sup>

BEHEMANN, G.: Sozialisationsfelder des politischen Lernens in Kindheit und Jugend. Diss. A, Bonn 1983.

CLAUSSEN, B. (Hrsg.): Politische Sozialisation in Theorie und Praxis. München; Basel: E. Reinhardt Verlag 1980.

CLAUSSEN, B.; K. WASMUND (Hrsg.): Handbuch der politischen Sozialisation. Braunschweig: Agentur Pedersen 1982.

HÜBHELMANN, K.; ROSEWITZ, B.; WOLF, H. R.: Lebensphase Jugend. Weinheim und München: Juventa 1985.

STIEHLER, H.-J.: Thesen zur Jugendkultur: Stichwort Medien. Unveröff. Manuskript, o. J.

STIEHLER, H.-J.: Thesen zur Medienkultur Jugendlicher in den 80er Jahren. Unveröff. Manuskript 1988.

ZÄNGLE, M.: Einführung in die politische Sozialisationsforschung. Paderborn: Schöningh-Verlag 1978.

---

<sup>1</sup> Hier sind nur die Literaturquellen aufgeführt, die unmittelbar in die Erarbeitung dieses Materials einfließen. Bei CLAUSSEN u. WASMUND (1982) ist eine ausführliche Bibliographie zu bisherigen Forschungen zur politischen Sozialisation aufgeführt.